Herner Anzeiger

Amtliches Publikations-Organ für den Stadtkreis Herne.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Herne. Fernruf 461.

Mit den Beilagen: „Das christliche Haus", 16seitig, gratis; „Illustriertes Sonntagsblatt", 8seitig, monatlich nur 10 Pfg.

Rotationsdruck und Verlag: Ingmanns & Koethers, Herne. Telefon 461, Amt Herne.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis 70 Pfg. monatlich frei ins Haus gebracht; durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2,50.

Nebenausgaben: „Anzeiger für das Amt Sodingen" u. „Gerther Anzeiger"

Die für den „Herner Anzeiger" aufgegebenen Inserate gelangen im „Gerther Anzeiger" und im „Anzeiger für das Amt Sodingen" gratis zur Aufnahme. — Der auf die Inserate eingeräumte Rabatt gilt als Skonto für Barregulierung, wird also bei verspäteter Zahlung, Konkursen, Liquidationen und gerichtlicher Klage gestrichen.

Anzeigen werden die 1spaltige Petitzeile mit 15 Pfg., für auswärts mit 20 Pfg., Reklamen die Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Datum- und Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Jeder Abonnent des „Herner Anzeiger" ist mit 300 Mk., Mann und Frau zusammen mit 600 Mk., gegen tödlichen Unfall gemäß den bekannt gegebenen Bestimmungen versichert.

№ 24. (Erstes Blatt.) Donnerstag, den 30. Januar 1913. 9. Jahrgang.

Unterstützungen oder Teuerungszulagen?

Zu dieser für die Beamtenkreise hochwichtigen Frage schreibt der Zentrumsabgeordnete Bartscher im „Tag" (Nr. 24 vom 29. Jan.):

Mehr als zweihunderttausend preußische Unterbeamte nehmen an der wiederholt im Abgeordnetenhause erörterten Frage, ob ihnen mit Rücksicht auf die teurer gewordene Lebenshaltung Unterstützungen oder Teuerungszulagen gewährt werden sollen, naturgemäß den lebhaftesten Anteil. Die Regierung will ihnen Unterstützungen geben, das Abgeordnetenhaus verlangt Teuerungszulagen. Dem Uneingeweihten mag die Frage, ob Unterstützungen oder Teuerungszulagen, belanglos erscheinen, und doch ist sie von grundsätzlicher Bedeutung. Eine Unterstützung setzt ein schriftliches Gesuch in jedem Einzelfalle voraus. Es muß darin die Unterstützungsbedürftigkeit des näheren begründet werden. Dies kann zumeist nicht ohne Einzeldarlegung der Familienverhältnisse geschehen. Das Gesuch begutachtet der unmittelbare Vorgesetzte. Insbesondere hat dieser sich über die Bedürftigkeit und Würdigkeit des Bittstellers zu äußern. Die Entscheidung über das Gesuch erfolgt durch die Provinzialbehörde.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß zahlreiche Unterbeamte, auch wenn sie sich zu einer wirklichen, durch Krankheit und dergl. verursachten Notlage befinden, davon Abstand nehmen, ein Unterstützungsgesuch einzureichen. Dies sind nicht zuletzt gerade die tüchtigsten, edelgesinntesten und charakterfestesten Beamten. Sie sind vielfach zu stolz, ihre Familienverhältnisse bis ins kleinste darzulegen, um so mehr, als sie bei ihren Vorgesetzten auch nicht immer das nötige Wohlwollen voraussetzen. Der Bericht des Vorgesetzten ist nämlich in der Regel dafür entscheidend, ob dem Gesuch entsprochen wird oder nicht. Manche Beamte darben daher lieber weiter, als daß sie ein Unterstützungsgesuch einreichen.

Es soll nun zwar nicht verkannt werden, daß ein Unterstützungsfonds für Unterbeamte nicht entbehrt werden kann. Diesen durchweg vermögenslosen Beamten muß im Falle der Not staatsseitig geholfen werden können. Dies sollte aber stets ohne peinliches Eindringen in die Familienverhältnisse geschehen. Die Frage, die zurzeit zwischen Abgeordnetenhaus und Regierung streitig ist, liegt aber auf einem ganz anderen Gebiete. Sowohl die Regierung wie das Abgeordnetenhaus sind darin einig, daß namentlich durch die seit Monaten herrschenden teuren Fleischpreise die Unterbeamten allgemein in eine Notlage geraten sind. Davon werden insbesondere die verheirateten Beamten mit Kindern oder sonstigen unterhaltsbedürftigen Familienangehörigen betroffen. Das Zentrum hatte daher bereits im Oktober vorigen Jahres beantragt, eine Petition der Unterbeamten auf Gewährung von Teuerungszulagen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, insbesondere mit der Maßgabe, daß auf die Zahl der unterhaltungsbedürftigen Familienangehörigen entsprechende Rücksicht genommen werde. Sämtliche Parteien des Abgeordnetenhauses traten auf den Boden des Zentrumsantrages, der dann einstimmig angenommen wurde.

Von den Unterstützungen unterscheiden sich die geforderten Teuerungszulagen dadurch, daß sie von Amts wegen den Beamten zugewandt werden müssen. Es wird also nicht eine beschränkte Anzahl von Beamten, die darum einkommt bedacht, sondern die Teuerungszulagen werden nach festen Grundsätzen den Beamten allgemein zugewandt, ohne daß es der vorherigen Einreichung eines Gesuches und eines Gutachtens des Vorgesetzten über die Würdigkeit des Beamten bedarf.

Man hätte annehmen sollen, daß die Regierung, da die Unterbeamten im allgemeinen von der Teuerung betroffen werden, dem oben erwähnten Antrage entsprochen hätte. Doch nein; sowohl im Nachtragsetat für 1912 wie in dem ordentlichen Etat für 1913 sieht sie für die Unterbeamten keine Teuerungszulagen, sondern außergewöhnliche Unterstützungen vor. In den Kreisen der Unterbeamten ist man über diese Form, wie die Regierung ihnen in ihrer Notlage helfen will, aufs höchste unzufrieden, und nicht mit Unrecht. Zuwendungen verlieren fast jeden Wert, wenn die davon Betroffenen erst darum bitten müssen; erst recht sind sie fast wertlos, wenn es den Anschein gewinnt, als ob nur ungern gegeben würde. Man sollte doch für die Psyche in der Beamtenschaft mehr Verständnis zeigen, zumal in der jetzigen Zeit, wo die Sozialdemokratie mit allen Mitteln die Unterbeamtenschaft zu umgarnen sucht. Noch ist die Regierung in der Lage, dem einstimmigen Wunsche des Abgeordnetenhauses Rechnung zu tragen; denn der Etat ist noch nicht ausgeführt. Möge sie den Ernst, der in der Frage steckt, ob Unterstützungen oder Teuerungszulagen zu gewähren sind, nicht verkennen.

Deutsches Reich.

Nationalspende zum Kaiserjubiläum für die christlichen Missionen.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten des Herrenhauses, v. Wedel, hat sich ein Komitee gebildet, das zur Sammlung einer Nationalspende zum Kaiserjubiläum für die christlichen Missionen in unseren Kolonien und Schutzgebieten auffordert. Es ist dem Komitee gelungen, die konfessionellen Schwierigkeiten für eine gleichzeitige Sammlung zugunsten der evangelischen und katholischen Missionen zu überwinden. Die Aufrufe werden für jede Konfession gesondert erlassen. Der Wortlaut dieser Aufrufe ist bis auf einen Absatz, der sich an die speziellen Glaubensgenossen wendet, der gleiche. Der Kaiser hat dem Plane zugestimmt und der Reichskanzler und mehrere Staatssekretäre haben die Förderung dieser Nationalspende zugesagt.

*

Aus der Marine.

= Der Chef der Hochseeflotte, Admiral von Holtzendorff, wurde von seiner Stellung enthoben. An seiner Stelle wurde der Chef des zweiten Geschwaders, Vizeadmiral von Jugenohl, mit der Führung der Hochseeflotte beauftragt. Der Vizeadmiral von Krosigk wurde zum Direktor des allgemeinen Marinedepartements des Reichsmarineamtes und gleichzeitig zum stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten ernannt. Konteradmiral Scheer, Direktor des allgemeinen Marinedepartements des Reichsmarineamts, wurde unter Aufhebung des ihm seinerzeit erteilten Mandats zum stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat mit der Führung des zweiten Geschwaders beauftragt und gleichzeitig der Marinestation der Ostsee zugeteilt.

*

Zwei Gradmesser unserer Wirtschaftspolitik.

Als zwei wichtige Maßstäbe für die Höhe des wirtschaftlichen Aufschwungs des abgelaufenen Jahres hebt der Jahresbericht der Handelskammer zu Berlin für 1912 den Verbrauch von Kohle und Eisen hervor (S. 3). Bei der Kohle ergibt sich im Jahre 1911 eine Zunahme des Konsums um 4 bis 5 Prozent, dagegen im Jahre 1912 von 9 bis 10 Prozent. Interessant ist dabei ferner, daß bei der Versorgung des gestiegenen Verbrauchs die ausländische Kohle nur mit 6 Prozent beteiligt war, während sie im Vorjahre noch 7 Prozent beigetragen hatte, daß dagegen die Menge der deutschen Kohlenausfuhr um etwa 17 Prozent über das Exportquantum des Jahres 1911 hinausging. In noch stärkerm Maße als der Kohlenverbrauch stieg Deutschlands Roheisenkonsum. Er übertraf 1912 den Verbrauch des Vorjahres um 12 bis 13 Prozent, „eine Steigerung, für die kaum ein Beispiel in der deutschen Wirtschaftsgeschichte zu finden sein wird. Die Erzeugung von Roheisen war so groß, daß sie neben der Versorgung des inländischen Bedarfs noch eine Ausfuhr betreiben konnte, die in gleichem Maße wie der Verkauf an das Inland zunahm. Charakteristisch ist weiter, daß der Abfluß der gestiegenen Produktionsmenge sich flott vollzog, daß in vielen Fällen seitens der Eisenwerke die Lieferfristen nicht eingehalten werden konnten, und der Preis für Roheisen sich erhöhte. — Und das alles bei unserer „verfahrenen" Wirtschaftspolitik, wie sie die Presse der Sozialdemokratie und des Linksliberalismus zu nennen pflegt! Eine bessere Rechtfertigung als durch obige Ziffern kann sie sich kaum wünschen.

*

„Reichsgesetzlich verbotene Kaiserfeier."

* Unter dieser Spitzmarke wird der „Germ." geschrieben:

„An den Herrn Reichskanzler und den hohen Bundesrat erlauben wir uns eine „kleine Anfrage": „Welches nationale Interesse wird gestört oder inwiefern wird das „evangelische Volksempfinden" verletzt, wenn ein Jesuit am Kaisergeburtstag ein feierliches Hochamt zelebriert?" Der Bundesrat hat noch vor zwei Monaten den Jesuiten ausdrücklich nur das Lesen von stillen Messen erlaubt und einmal im Leben die Primizmesse, „wenn diese den Charakter einer Familienfeier hat". Im Ausland darf jeder verbannte deutsche Jesuit aus Anlaß des Geburtstages oder eines Jubiläums des Kaisers oder seines angestammten Landesvaters eine feierliche Messe zelebrieren. Kein Gesetz stört ihn daran. Tatsächlich bemühen sich auch die deutschen Jesuiten, die im Ausland leben müssen, die Auslandsdeutschen nach Möglichkeit zu sammeln und mit ihnen feierlich den Geburtstag des Kaisers zu begehen in der Kirche und außerhalb der Kirche. So war die Kaisersgeburtstagsfeier 1911 in Antwerpen die letzte öffentliche kirchliche Handlung, die der P. Friedrich Müller S. J., der sogar für seine Verdienste um die Deutschen im Auslande von unserm Kaiser mit dem Roten Adlerorden ausgezeichnet wurde, und dem der deutsche Konsul in Antwerpen am Grabe einen so herrlichen Nachruf widmete, vorgenommen hat. Und im Deutschen Reiche ist solche Kaisersgeburtstagsfeier durch einen Jesuiten ein Staatsverbrechen, ein Staatsfrevel!! Fühlt der Bundesrat nicht, welch eine Verachtung, welch eine Beschimpfung der 24 Millionen kaisertreuen Katholiken des Deutschen Reiches in einer solchen Bundesratsverordnung liegt? Die Sozialdemokraten, die vor dem ganzen Lande das Kaiserhaus beschimpfen, sich ungescheut zur Republik bekennen, die Minister des Königs und die Staatssekretäre mit grenzenloser Verachtung vor dem ganzen Lande behandeln, dürfen Kaisersgeburtstagsfeiern nach ihrer Art veranstalten, wenn sie sich nur klüglich vor dem Strafgesetzbuch zu hüten wissen. Sie dürfen ungestört ihre destruktiven Tendenzen mit ihrer „Kaiserfeier" verfolgen. Nur ein deutscher Jesuit darf nicht Liebe und Vertrauen zu Kaiser und Reich aufbauen! Es wäre ein Staatsverbrechen! Und da entrüstet man sich oder tut wenigstens so, wenn wir Katholiken das Gefühl haben, daß wir tatsächlich Bürger zweiter Klasse von Reichs wegen sind, denen man sogar Einschränkungen auferlegt in der Feier des Geburtstags des Kaisers. — Selbst wenn der Reichskanzler und der Staatssekretär der Justiz in ihrer grundgütigen Milde gegen uns Katholiken Gnade für Recht ergehen lassen und eine „milde Praxis" üben gegen einen solchen Gesetzesverächter, der es wagt, trotz Bundesratsbeschluß am Kaisersgeburtstag statt eine stille Messe zu lesen, ein feierliches Amt zelebriert, dann kann er es nicht verhindern, daß böswillige liberale Zeitungen und der „Evangelische Bund", das „evangelische Volksempfinden" aufpeitschen und die Jesuiten als Gesetzesverächter, Reichsfeinde anpöbeln. Solange eben das Gesetz oder diese Verordnung des Bundesrats besteht, gibt es dagegen keinen Schutz der deutschen Jesuiten und der 24 Millionen deutscher Katholiken. Darum fort mit solchen Verordnungen und Gesetzen! Man schaffe uns endlich Recht!"

Ausland.

Aus der portugiesischen Logenrepublik.

* **Lissabon**, 29. Jan. Die erste Regierungshandlung des Logenmannes Costa richtet sich, wie nicht anders zu erwarten war, gegen den Heiligen Stuhl. Mit rückwirkender Kraft erläßt Costa Dekrete, die seine Vorgänger im Amte versäumt hatten. Das Amtsblatt veröffentlicht einen Regierungserlaß, der feststellt, daß die päpstliche Erklärung vom 12. Oktober „das Trennungsgesetz beleidigt und ein Attentat gegen den Staat darstellt". Infolgedessen wird die päpstliche Erklärung in Portugal unterdrückt, wo sie auch immer gefunden wird. Wer sich im Besitze der Erklärung befindet, wird bestraft, und es kann niemand seine Gutgläubigkeit als Entschuldigung anrufen. Was der Freimaurerhäuptling Costa hier unternimmt, hat selbst die französische Republik nicht gewagt. Selbst seine Vorgänger hatten sich damit begnügt, die Erklärung in den Amtsblättern der Bischöfe zu verbieten, die private Verbreitung aber nicht zu hindern. Das jetzige Dekret Costas leitet eine Art „freimaurerischen Index" ein. Mit souveräner Gewalt verbietet er den Portugiesen die Lektüre bestimmter Schriftstücke. Komisch mutet auch die Aeußerung an, daß das Trennungsgesetz beleidigt sei, weil ja viele Republikaner selber eine Reform dieses durchaus ungerechten Gesetzes wollen, und der republikanische Evolutionist Ameida diese Revision in sein Parteiprogramm aufgenommen hat. Dem ganzen wird aber die Krone dadurch aufgesetzt, daß die Logenrepublik bis heute nicht offiziell ihren Vertreter beim Heiligen Stuhle abberufen hat.

*

Neue Kämpfe in Tripolis?

* **Genf**, 29. Jan. Der frühere Führer der jungägyptischen Nationalpartei, der Advokat Fahri Bey, der von der englischen Regierung verfolgt, nach Genf flüchtete, erhielt hier heute eine von Tripolis nach Kairo übermittelte Nachricht, die besagt, daß der ehemalige türkische Deputierte Soliman-el-Baroni in Tripolis eine eigene Regierung gebildet habe, um den Kampf gegen die Italiener fortzusetzen; seine Maßnahmen würden von allen Araberstämmen mit großer Befriedigung begrüßt und freudig unterstützt.

Die Entführung.

Kriminalroman von A. Groner. 14

(Nachdruck verboten.)

Sichtlich geärgert legte er Stiefel und Bürste weg und trat an den Waschtisch, um sich die Hände zu säubern. Dem Wachtmeister hatte er schweigend einen Stuhl hingeschoben, auf den Pertl sich auch sofort niederließ.

„Na, Sie wohnen hier nicht übel," bemerkte er nach einem Blick durch das Zimmer, „beinahe wie ein Kavalier. Vorhänge an den Fenstern, Bilder an den Wänden, einen Geigenkasten! So vornehm hat's nicht jeder Diener. Und was für schöne Rahmen das sind! Laubsägearbeit! Haben Sie das selber gemacht?"

Josef wandte sich langsam nach ihm um.

„Gewiß habe ich die Rahmen selber gemacht," antwortete er mürrisch und setzte halb ärgerlich, halb spöttisch hinzu: „Aber neugierig sind Sie! Eine Minute genügt Ihnen, um das alles zu sehen!"

„Neugierig? Nein, wißbegierig! Das gehört zu meinem Beruf," erwiderte Pertl scharf. „Unsereiner bemerkt in einer Minute oft sehr viel — unangenehm viel für manche Leute."

Josef wendete sich jäh ab.

Er hob das Handtuch auf, das er nach Pertls Ansicht absichtlich hatte fallen lassen, ging zu einer im Hintergrunde des Zimmers stehenden Kommode und machte sich in dem obersten Kasten zu schaffen.

Der Wachtmeister blickte wieder auf das Bild, das der hübsche Rahmen umschloß. Es war die Photographie eines kleinen, im Garten stehenden Hauses. Pertl wollte aufstehen, um die zwei Zeilen zu lesen, die unter dem Bild standen. Er gab indes die Befriedigung seiner Neugier auf, konnte jedoch eine boshafte Bemerkung nicht unterdrücken.

„Sie sind wohl gar ein Gelehrter?" spöttelte er, ein Buch zur Hand nehmend, das neben der Lampe auf dem Tisch lag. „Das sieht ja ganz alt aus — 1708 steht auf dem Titel, und der Text ist lateinisch!"

Im nächsten Augenblick war Josef herzu geeilt und hatte ihm das Buch entrissen, um es in die Kommode zu schleudern, die er rasch zuschloß und deren Schlüssel er in die Tasche schob.

Dabei wandte er sich Pertl langsam zu. Bis in die Lippen bleich, aber sich gewaltsam zur Ruhe zwingend, sagte er: „Entschuldigen Sie, aber solche Neugier bringt mich aus der Fassung."

„Das habe ich bemerkt," entgegnete der Wachtmeister, den Blick scharf auf Josef geheftet. „Man könnte meinen, Sie hätten die Neugier der Leute zu fürchten."

Das Wort wurde ihm abgeschnitten, da die Tür langsam aufging und die anderen Dienstboten eintraten.

Voran die stattliche Köchin, Frau Babette Kern, gefolgt von Anna und dem noch sehr jungen Küchenmädchen Lisi.

Dann kam der Gärtner mit seinem Gehilfen, zuletzt Mathias, der Kutscher und Lois, der Stallbursche.

In Josefs Zimmer gab es nur drei Stühle und einen Holzkoffer.

Außer dem Wachtmeister konnten also nur die weiblichen Mitglieder der Versammlung sitzen, die fünf männlichen blieben stehen — Josef mit dem Rücken gegen das Fenster gelehnt.

„Mit Absicht," wie Pertl dachte, „damit sein Gesicht im Schatten bleibt."

Lisi hatte ein blitzblankes Tablett vor den Wachtmeister gestellt, auf dem sich ein Humpen, gefüllt mit Wein, und ein großes, mit allerlei guten Sachen reichlich belegtes Butterbrot nebst Messer befanden.

Nachdem Pertl einen verständnisvollen Blick darauf geworfen, schob er das Tablett zurück und begann das „Verhör".

Mit der Miene eines Großinquisitors richtete er an die ihn umgebenden Personen eine Menge Fragen; manche waren aber so tiefsinnig, daß keiner der Zuhörenden verstand, weshalb Pertl sie stellte.

Außer dem Herrn Wachtmeister sprachen allerdings auch die anderen manches, was nichts mit der Sache zu tun hatte.

Martin erzählte, wie er ebenfalls zur Gendarmerie hätte gehen wollen. Einmal fiel eine Gerichtsverhandlung ein, der er vor Jahren beigewohnt und bei der es sich „auch" um einen Mord gehandelt hätte, und Ludwig hatte beinahe noch einen Dieb gefangen. Josef antwortete auf die Fragen, die der Wachtmeister an ihn richtete, kurz und klar und lehnte dabei am Fenster. Die Hand, auf die er sich stützte, zitterte leicht. Diese Wahrnehmung machte freilich nur Pertl, der Josef fortwährend verstohlen beobachtete.

Sein Interesse für diesen jungen Menschen wurde immer größer. Eine halbe Stunde etwa hatte das „Verhör" gedauert, als Pertl die Leute entließ. Nur Josef ging nicht.

Natürlich — er befand sich ja in seinem eigenen Zimmer.

Nun ward er wieder allein mit dem Wachtmeister — und dem appetitlichen Frühstück, zu dessen Bewältigung der rundliche Mann sich soeben anschickte.

Wie er dabei schmatzte, wie er die guten Bissen erst betrachtete, ehe er sie in den Mund steckte, und wie er mit dem Wein Liebäugelte, ehe er einen Schluck nahm!

Josef Colmar, der Diener, der lateinische Bücher las, schaute seltsam lächelnd auf den Mann, der seine wenig erfreuliche Pflicht mit den Annehmlichkeiten des Lebens zu verquicken verstand.

Aber wenn er auch lächeln konnte, dieser ungewöhnliche Diener, seine Hand zitterte noch immer.

Als Pertl mit dem Essen fertig war, sagte er: „Sie sind sehr nervös! Wie Ihre Hand zittert und wie bleich Sie sind."

Josef, der mit vorgebeugtem Kopf auf Pertls Worte lauschte, wollte eine jähe Bewegung nach dem Sprecher hin machen, faßte sich aber noch rechtzeitig und blieb, die Arme übereinander kreuzend, in der Fensternische.

„Sie sollen mich nicht noch einmal zornig sehen", sagte er ruhig. Pertl dachte: „Was für feine, schlanke Hände er hat — und mit diesen Händen putzt er Stiefel!" Laut sagte er: „Zornig? Ich hatte mehr den Eindruck, daß Sie in Sorge wären. Das hat mich gewundert, ebenso wie Ihre Kenntnisse, die ich Ihnen übrigens gönne."

„O ja, meine Kenntnisse gönnen Sie mir!" fährt es Josef, der nur mühsam seinen Zorn beherrscht, heraus.

Der Wachtmeister hat ihn verstanden. Er wird rot im Gesicht. Aber er läßt sich nicht auf Reden ein, bei denen er fühlt, daß er den kürzeren ziehen wird.

Jetzt schiebt Pertl Glas und Teller von sich und steht auf. Seine Stimme klingt etwas hämisch.

„Herr von Amberg, Fräulein Mileska und Sie haben bei der dürren Pappel nichts gefunden. Jetzt gehe ich hin! Vielleicht habe ich mehr Glück."

Er nickt Josef zu und verläßt das Zimmer. Josef bleibt regungslos stehen und blickt dem sich Entfernenden nach, solange er ihn sehen kann.

Als Pertl um die Hausecke biegt, löst sich des jungen Mannes Starrheit. Seine Arme sinken herab, sein Gesicht fängt an zu zucken. Ein tiefer Seufzer entringt sich aus seiner Brust.

Langsam geht er zur Wand, an der der Tisch steht, und greift nach dem Bild, dessen Rahmen des Wachtmeisters Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat.

Er nimmt das Bild vom Nagel und blickt lange darauf nieder.

„Du meine liebe Heimat, — die ich nie wiedersehen werde!" flüsterte er vor sich hin. Darauf geht er zu seiner Kommode, öffnet das Schubfach, legt das Bild zu dem Buche und verschließt sie.

Noch eine ganze Weile steht er davor, dann wendet er sich wieder dem Fenster zu, durch das jetzt helles Sonnenlicht fällt. Er beleuchtet das junge, hübsche Gesicht Josefs, in dem jetzt aber nicht Sanftmut und Traurigkeit, sondern Trotz, Kälte und harter Wille stehen. Und Josefs Augen! Welcher Grimm aus ihnen blitzt!

Und seine Hände! Wie sie sich ballen! Wie wütend er die Fäuste erhebt und wie er sie schüttelt — als wolle er die ganze Welt zertrümmern!

Sechstes Kapitel.

Auch der Herr Gendarmerieposten-Kommandant, Wachtmeister Pertl, entdeckte in der Umgebung der dürren Pappel nicht das geringste, was Aufklärung über den Verbleib Bräuners geben können.

Mißmutig sprach er auf dem Rückwege wieder im Erlenhof vor. Hier traf er Franz Poigner, den Förster, dessen Wagen vor dem Gutstor stand.

Poigner war gegen zehn Uhr heimgekommen, hatte, nachdem er von seiner Frau und Amberg erfahren, was sich zugetragen, sofort den Wagen anspannen lassen und befand sich seit einer Viertelstunde bei Frau Bräuner und Johanna.

Poigner hatte von seinen amtlichen Briefbogen und Kuverts ein Stück mitbrachte, um sie mit dem Bräuner zugegangenen Schreiben zu vergleichen.

Es war kein Zweifel: Briefbogen und Kuvert stammten aus der Försterei.

Nachdem sich Poigner über die Aehnlichkeit der vorliegenden Schrift mit der seinigen sich sehr gewundert hatte, schrieb er selbst die paar Zeilen, die Bräuner fortgelockt hatten, auf das mitgebrachte Briefpapier. Man verglich die Schriften und fand, daß sie bis auf etliche Geringfügigkeiten einander frappant ähnlich sahen.

Zu dieser Schriftvergleichung kam der Wachtmeister gerade zurecht.

Da es ihm sichtlich peinlich war, daß er nichts entdeckt und mithin nichts zu berichten wußte, war er froh, keine Ursache zum Bleiben zu haben. Er hatte es eilig, um an anderen Orten in der Angelegenheit weiter zu handeln. Hieß es doch, in allen Orten ringsum nach dem Verschwundenen suchen, und, wenn Bräuner nicht bald gefunden wurde, die amtliche Anzeige erstatten.

Heute wollte der Wachtmeister sich damit begnügen, durch mehrere diensthabende und zwei dienstfreie Gendarmen, die sich dazu gern zur Verfügung stellten, Umfrage in den Nachbarorten halten zu lassen. Am nächsten Morgen gedachte er dann, wenn nötig, seiner vorgesetzten Behörde in Floridsdorf da[illegible] dem Bräuners anzuzeigen.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag.

100. Sitzung.

∞ **Berlin, 29. Jan. 1913.** (Privattelegr.)

Interpellation Brandys (Pole) betr. die

Enteignung polnischer Gutsbesitzer.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco:

Die Interpellation betrifft die Handhabung des preußischen Gesetzes vom 20. März 1908 über die Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen, durch das dem Staat das Recht verliehen worden ist, Grundstücke für die Zwecke der Ansiedelungskommission zu enteignen. Den gleichen Gegenstand betraf die Interpellation, die vor Erlaß dieses Gesetzes im Januar 1908 hier eingebracht worden war und von den Abgg. Seyda und Gen. an den Herrn Reichskanzler gerichtet war. Es wurde damals angefragt, wie die in diesem Gesetz enthaltenen Bestimmungen mit der Reichsverfassung und den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches in Einklang zu bringen sind. Der Amtsvorgänger des Herrn Reichskanzlers hat damals geantwortet: „Die Interpellation verlangt eine Erklärung der Reichsregierung über das gesetzgeberische Vorgehen eines Bundesstaates, das die Enteignung zum Gegenstand hat. Die Reichsverfassung enthält keine Bestimmungen, die einem solchen Vorgehen entgegenstehen. Auch das Bürgerliche Gesetzbuch weist solche Bestimmungen nicht auf. Die Maßnahme, auf die sich die Interpellation bezieht, gehören sämtlich zur Zuständigkeit der Landesgesetzgebung, die dabei nach den Vorschriften und dem Geiste der Reichsverfassung einer Einwirkung der Organe des Reiches nicht unterliegen." Mit Rücksicht auf diese Erwägungen hat damals mein Amtsvorgänger im Namen des Reichskanzlers die Beantwortung der Interpellation abgelehnt. Diese Erwägungen, welche damals Platz gegriffen haben, treffen auch heute zu. Das preußische Gesetz vom 20. März 1908 steht mit der Reichsverfassung und der Reichsgesetzgebung in keiner Weise in Widerspruch. (Zurufe: Oho! Oho!) Die Ausführung und Handhabung des genannten Gesetzes ist lediglich eine innere Angelegenheit Preußens. Die Interpellation betrifft mithin Maßnahmen, die außerhalb der Zuständigkeit des Reiches stehen. Ich habe daher zu erklären, daß der Herr Reichskanzler die Beantwortung der Interpellation ablehnt. (Vereinzeltes Zischen bei den Polen.)

Abg. Seyda (Pole):

Schon bei Einbringung des Enteignungsgesetzes haben wir dieses zum Gegenstand einer Interpellation gemacht und der Reichstag hat sich damals mit großer Mehrheit auf den Standpunkt gestellt, daß er nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Ich zweifle nicht, daß er heute mit überwiegender Mehrheit denselben Standpunkt einnehmen wird. Der ganze Unterschied gegen damals ist ja nur der, daß es sich damals nur um einen Gesetzentwurf handelte, während wir heute vor einer vollendeten Tatsache stehen. Eine Maßnahme, die mit Recht als eine Schmach des 20. Jahrhunderts bezeichnet worden ist, ist Tatsache geworden. Vier polnische Gutsbesitzer sollen auf Grund dieses Gesetzes von Haus und Hof gejagt werden. Es ist ja bekannt, wenn es auch offiziell bestritten wird, daß im preußischen Herrenhause eine Mehrheit für das Gesetz zustande gebracht werden konnte, daß unter der Hand die Zusicherung gegeben wurde, daß das Gesetz nur als Drohmittel wirken, aber tatsächlich niemals angewendet werden solle. Die Voraussetzungen, die das Ministerium selbst an die Anwendung des Gesetzes geknüpft hat, sind — zum großen Teil wenigstens — nicht innegehalten worden. Ein Jurist kennzeichnet die Art und Weise, wie das preußische Staatsministerium die klaren Bestimmungen des Gesetzes interpretiert hat, als juristische Halsbrecherei, als akrobatische Kunststückchen, als Schlangenmenschenverdrehung, und er fügt hinzu, um gewerbsmäßig Unrecht zu schaffen, interpretiert sie die Voraussetzungen des Gesetzes, so, wie es sie braucht, bald enger, bald weiter.

Präsident Dr. Kaempf:

Herr Abgeordneter, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie auch in der Form von Zitaten der Regierung solche Vorwürfe nicht machen dürfen.

Abg. Seyda (Pole):

Mit einer solchen Interpretation läßt sich bei jedem Gute, das sich in polnischem Besitz befindet, gesetzlich die Voraussetzung zum Enteignen feststellen. Man hat seinerzeit als besonders mildernder Umstand geltend gemacht, daß die Enteignung nur gegen volle Entschädigung stattfinden werde. Eine solche Argumentation kann nicht anders denn als zynisch bezeichnet werden. Die zwangsweise Vertretung von Haus und Hof kann überhaupt nicht mit Geld entschädigt werden. Dabei ist dem einen Besitzer nicht einmal so viel als Entschädigung bewilligt worden, als er selbst für das Gut bezahlt hat. Als ich diese Tatsache in einer Versammlung zur Sprache brachte, da tönten mir Rufe entgegen, wie Diebstahl, Raub auf offener Straße! So beurteilt das Volk dieses Vorgehen und ich glaube nicht mit Unrecht. Grundsätzlich aber stehen wir auf dem Standpunkt, daß das ganze Gesetz ungültig ist. Reichsrecht geht vor Landesrecht und dieses Recht widerspricht der Reichsgesetzgebung. Diese Politik steht mit dem Grundsatz des Reichs in schärfstem Widerspruch. Wir werden daher den Antrag stellen: „Der Reichstag wolle beschließen, daß die Zulassung der Enteignung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der Ansiedlungskommission durch den Reichskanzler den Anschauungen des Reichstages nicht entspricht!" (Beifall bei den Polen.) Wir erwarten vom deutschen Reichstag, daß er unserm Antrag die Zustimmung nicht versagen wird.

Abg. Wendel (Soz.):

Anstatt daß der Herr Reichskanzler es für nötig gehalten hätte, selbst zu erscheinen, schickte er uns lediglich ein Stück Papier und einen Staatssekretär und läßt sich berufen auf alte Erklärungen, welche auch dadurch nicht richtiger werden, daß sie hier eine Wiederholung erfahren. In dieser Frage müssen wir, die Umstürzler von Beruf, die Verfassung schützen, vor den sogenannten Staatsrettern (Heiterkeit). Wir müssen das Eigentum schützen gegen seine fanatischen Anhänger (Erneute Heiterkeit). Wir sind gegen das ganze Polengesetz, weil es sich um die brutale Anwendung eines noch brutaleren Gesetzes handelt. Der Abg. Gröber hat neulich bei der Beratung der Jesuitenfrage den Bundesrat mit dem französischen Nationalkonvent aus der Revolutionszeit verglichen. Ich meine, der Vergleich paßt auch auf Preußen. (Widerspruch rechts.)

Präsident Dr. Kaempf:

In diesen Worten liegt der Vorwurf einer gewissen Pflichtvergessenheit in bezug auf den Herrn Reichskanzler. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß das die Grenzen des Parlamentarismus überschreitet.

Abg. Wendel:

Wir haben es herrlich weit gebracht, denn wir stehen heute schon auf dem Standpunkt, daß der alte preußische Wahlspruch „Suum cuique" seine frühere Bedeutung verloren und eine neue Auslegung erfahren hat, dahingehend, daß Preußen jedem das Seine nimmt. Unerwähnt lassen will ich nicht, daß Friedrich II. von Preußen mitschuldig war an der Teilung Polens.

Präsident Dr. Kaempf

macht dem Redner erneut auf das Unparlamentarische seines Handelns aufmerksam. Ob er ihm einen Ordnungsruf erteilt hat, ist bei der im Hause herrschenden Unruhe nicht festzustellen.

Abg. Wendel:

Wenn der Herr Präsident mich hätte ausreden lassen, dann würde er entnommen haben, daß nicht ich Friedrich II. dieses Verbrechens geziehen hätte, sondern daß dies Freiherr v. Stein war, der dies sagte. Uebrigens glauben wir nicht, daß Preußen mit dem Enteignungsgesetz seine Zwecke erreichen wird, denn die bisherigen Erfahrungen sprechen nicht dafür. Der Zweck dieser Polenpolitik war die Schwächung des Panslawismus; das Resultat ist seine Stärkung, denn durch diese Politik sind die Polen dem Panslawismus, der gerade jetzt aus den Siegen am Balkan neue Kräfte gezogen hat, direkt in die Arme getrieben. Die Regierung gleicht mit ihrer Polenpolitik dem tollpatschigen Riesen, dem sich eine Fliege auf die Nase gesetzt hat. Er klatscht mit einem großen Stein auf die Fliege los; die Fliege fliegt weg, aber die Nase ist zerschmettert. Ich glaube nicht, daß die Regierung leichten Herzens an die Anwendung des Enteignungsgesetzes herangegangen ist. Aber sie hat wohl geglaubt, der kleinen aber bedeutenden Gruppe der Alldeutschen einen Gefallen tun zu müssen. Das Enteignungsgesetz ist gewachsen auf dem Boden nationaler Unterdrückungspolitik, deshalb verurteilen wir es. Sonst schlagen wir ja vor dem Wort der Enteignung nicht ein Kreuz; im Gegenteil, es klingt ganz lieblich in unsern Ohren (Heiterkeit) und es freut uns, daß eine konservative Regierung mit Unterstützung zweier so staatserhaltender Parteien, wie die Konservativen und Nationalliberalen es sind, mit dieser kleinen Enteignung einen Präzedenzfall geschaffen hat für die große Enteignung, die wir eines Tages vornehmen werden. Mit Ihrer Enteignung von heute haben Sie (nach rechts) unserer Enteignung von morgen oder übermorgen die Wege geebnet. Die Zeit wird kommen, wo wir die Macht haben und wenn dann die Enteignung der Enteigner keinen Halt macht vor Ihren Rittergütern, dann wird vielleicht mancher von Ihnen in Erinnerung an die polnische Expropriation vom Jahre 1912 sich sagen, jetzt werden wir mit demselben Maß gemessen, mit dem wir andere gemessen haben. (Beifall bei den Soz.)

Vizepräsident Dr. Paasche

teilt mit, daß ein Antrag Brandys (Pole) eingegangen ist: „Der Reichstag wolle beschließen: die Zulassung der Enteignung polnischer Grundbesitzer für die Zwecke der preußischen Ansiedlungskommission durch den Herrn Reichskanzler entspricht nicht den Auffassungen des Reichstages."

Ein weiterer Antrag verlangt namentliche Abstimmung.

Beide Anträge finden die geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebene Unterstützung.

Abg. Graf Praschma (Ztr.):

Auf die Frage, ob das Enteignungsgesetz mit der Reichsverfassung im Widerspruch steht, oder nicht, will ich heute nicht eingehen. Nach meiner Meinung gibt es noch Gründe genug, welche gegen das Bestehen des Gesetzes und gegen seine Anwendung angeführt werden können. Die einmal ausgesprochene Enteignung kann niemals rückgängig gemacht werden und für ewige Zeiten werden die Nachkommen der enteigneten Besitzer die Enteignung in der Erinnerung behalten. Darum haben auch meine Freunde schon bei der Beratung des Gesetzes im preußischen Landtage gesagt, daß die Ausführung des Gesetzes von der öffentlichen Meinung und auch vom Parlament auf das schärfste kritisiert werden würde. Wohl selten hat die preußische Regierung ein Gesetz derart verteidigt, wohl selten hat die Staatsregierung ihre Autorität derart eingesetzt, wie bei diesem Gesetz, und doch sind von allen Seiten die allerschwersten Bedenken dagegen geäußert worden. In beiden Häusern des Landtages sind von Herren, von denen wir sonst keine Opposition gegen Regierungsmaßnahmen erwarten, scharfe Worte gegen dieses Ausnahmegesetz gefallen. Es hat sich damals ergeben, daß über das „Ob und Wie" der Anwendung scharfe Differenzen bestanden. Diese Differenzen treten heute wieder in den Vordergrund, wo wir vor der Tatsache stehen, daß das Gesetz nunmehr angewendet worden ist. Die Bedenken gehen weit über das Interesse Preußens hinaus. Sie berühren auch wesentliche Interessen des Reiches und darum ist es falsch, daß der Reichskanzler sich auf einen formalen Standpunkt zurückgezogen hat und der Verhandlung ferngeblieben ist. Ich habe wenig Hoffnung, daß die preußische Staatsregierung und die Parteien, die damals dem Gesetze zugestimmt haben, sich überzeugen lassen, oder zum mindesten eingestehen, daß das Gesetz zu Unrecht erlassen worden ist. Die Hoffnung habe ich allerdings noch nicht aufgegeben, daß man endlich einmal einsieht, daß man mit diesem Gesetze sich auf falscher Fährte befindet und auf diese Weise nicht zum Ziele kommt. Daß das einzig Erstrebenswerte sein muß, nämlich Ruhe und Frieden in den Ostmarken zu schaffen. (Sehr gut im Ztr.)

Auch wir wollen und wünschen, daß die Bevölkerung der ehemaligen polnischen Landesteile sich als Bürger des preußischen Staates und als Angehörige des Deutschen Reiches fühlen. Aber mit der gegenwärtigen preußischen Polenpolitik wird dieses Ziel nicht erreicht werden. Auch wir verlangen, daß die Polen rückhaltlos ihre Pflichten gegenüber Staat und Reich erfüllen, aber dann muß man sie auch so behandeln, wie alle übrigen Angehörigen des Reiches. (Sehr richtig im Ztr.) Diese Ungleichmäßigkeit in der Behandlung ist eines der Gründe, weshalb wir der Polenpolitik der preußischen Regierung nicht beipflichten können. Unsere Stellung in der ganzen Frage steht fest. Wir haben im preußischen Landtage übrigens unsere Meinung zum Ausdruck gebracht und auch hier im Reichstage des öfteren unsere Stellungnahme ausgesprochen. Diese ist nicht abhängig von der Gunst oder Mißgunst der Parteien, auch nicht von der Stellung, die die Polen uns gegenüber einnehmen, auch nicht von dem Verhältnis meiner Partei zur Regierung. Unsere Haltung wird diktiert von dem

Grundsatz der Gerechtigkeit und des Staatswohls,

von denen wir niemals abgewichen sind. Unsere Beurteilung der Polenpolitik ist daher von Anfang an dieselbe gewesen wie heute. Gehen Sie zurück in die Verhandlungen des Landtages in den 80er Jahren, so werden sie finden, daß unsere Führer alles das vorausgesagt haben, was heute eingetreten ist. Schon damals haben sie erklärt, daß die preußische Regierung mit ihren Maßnahmen niemals zum Ziele gelangen wird, sondern, daß sie weite Kreise des Volkstums dem Radikalismus in die Arme treibt. Die Regierung und alle diejenigen, die die gegenwärtige Polenpolitik der Regierung mitgemacht haben, werden die Polenfrage damit nicht aus der Welt schaffen, sondern die Polenfrage wird über die Grenze der polnisch sprechenden Bezirke hinübergreifen nach Oberschlesien, auch in die westfälischen Industriebezirke und wer weiß, ob es nicht bald auch für Berlin eine Polenfrage geben wird.

Das Reich darf daher an dieser Frage nicht achtlos vorübergehen. Neue Militärvorlagen sind zum Schutze des Reiches angekündigt worden und dabei wird der Schutz auch der östlichen Grenze des Reiches eine wesentliche Rolle spielen. Deshalb ist auch die Sicherung unseres Aufmarsches im Kriegsfalle und der Gebiete der ersten Kämpfe von weittragender Bedeutung. Meiner Meinung nach ist dabei von außerordentlicher Wichtigkeit, wie sich die Bevölkerung der Aufmarschgebiete den Truppen gegenüber verhält. Ich will die Loyalität der Polen durchaus nicht in Zweifel ziehen, aber der Meinung bin ich doch, daß die durch die preußische Polenpolitik hervorgerufene Unzufriedenheit und die Verbitterung der Massen nicht gerade von Nutzen sein würde. (Sehr richtig! im Zentrum.) In den heutigen Zeiten, da der Geist des Umsturzes auch an den Besitzrechten zu rütteln beginnt, geht die preußische Regierung daran, diese Bestrebungen durch ihre Enteignungspolitik gewissermaßen noch zu fördern, indem sie die Bodenständigkeit preisgibt und die Bevölkerung von der Scholle loslöst. Wir können es daher nicht billigen, wenn durch solche Maßnahmen das Volk von der heimatlichen Scholle verdrängt und dem Radikalismus zugeführt wird. Es werden tatsächlich durch die Polenpolitik der preußischen Regierung Verhältnisse geschaffen, wie sie vom politischen Standpunkte nicht schlimmer gedacht werden können. Man bedenke, auch im polnischen Volke gibt es eine Masse von Elementen, die sehr wohl bereit sind, mitzuarbeiten an Staat und Reich, aber wenn man so vorgeht, wie die preußische Staatsregierung, dann wird diesen konservativen Elementen ihre Mitarbeit zur Unmöglichkeit gemacht und alle die staatserhaltende Elemente gehen dem Vaterlande verloren. Ich darf wohl sagen, daß uns manches in der Entwickelung der letzten Zeit

mit schwerer Sorge

erfüllen muß. Manches ist gefallen, was wir bisher für unerschütterlich gehalten haben. Nimmt die Entwickelung des Rechtsbewußtseins im Volke so zu, wie wir es wünschen können, ist der Sinn für Recht und Gerechtigkeit und das Vertrauen für die Rechtspflege tatsächlich fortgeschritten bei uns? In unserm Rechtsleben gibt es nichts, was so bedeutungsvoll wäre, wie der Begriff des wohlerworbenen Eigentums, und nun müssen wir sehen, wie durch das System der Enteignung der Eigentumsgedanke und damit das Rechtsbewußtsein des Volkes aufs schwerste erschüttert wird. (Sehr richtig und Zustimmung.)

Gewiß, Enteignungen hat es immer gegeben, aber vergessen wir doch nicht, daß durch die Enteignung, wie sie hier vorgezogen wird, etwas Neues hineingetragen wird, was wir bisher auf diesem Gebiete nicht akannten. Früher handelte es sich um die Enteignung des Objekts, hier aber um die Enteignung des Subjekts und zwar aus politischen Gründen. (Sehr richtig und lebhafte Zustimmung.) Was hier geschieht das ist ein

Spiel mit dem Feuer,

wie es schlimmer nicht gedacht werden. (Beifall.) Man wende nicht ein, daß alles hätte seinerzeit gesagt werden solle. Es ist übrigens gesagt worden, als das Gesetz erlassen wurde. Es ist etwas, was gar nicht oft genug gesagt werden kann und es muß gerade jetzt gesagt werden, wo das Gesetz angewendet wird, denn dadurch wird das Wesen der Enteignung dem Volksbewußtsein erst so recht klar. Wir leben in einer Zeit, wo die Bestrebungen auf Aenderungen der bestehenden Verteilung des Grundbesitzes immer mehr in den Vordergrund treten.

Wie diese Bestrebungen vielfach aufgegriffen werden und wie sie wirken, dafür nur zwei Beispiele: die Resolution Bassermann, die dem Reiche, dem Staat und der Gemeinde bei allen Zwangsverkäufen von Grundstücken ein Vorkaufsrecht einräumen will und weiter die Aeußerung des Abg. Dr. Friedberg im preußischen Landtag, der ernstlich eine Enteignung des Fideikommißeigentums verlangte. Und nun kommt die Regierung, die die oberste Hüterin des Eigentums sein will und zeigt nun selbst, wie dies am einfachsten gemacht wird, auch wenn sie einen ausgesprochenen politischen Nebenzweck dabei erfolgt. (Hört! Hört! im Zentrum.)

Man komme nicht mit dem Einwand des öffentlichen Wohles. Mit dem öffentlichen Wohl läßt sich schließlich alles rechtfertigen. Ueber dem Kampf, über der Zweckmäßigkeit, über dem öffentlichen Wohl stehen unserer Meinung nach unverrückbar und unantastbar Grundsätze, die so fest sind, daß, wenn die Kunst der Staatsmänner mit ihnen kollidiert, sie nicht einfach aus dem Wege geräumt werden dürfen, sondern es nur noch eine Konsequenz gibt, daß die Politik dieser Staatsmänner andere Wege zu gehen hat. (Lebhafter Beifall im Zentr.) Die preußische Regierung hat bisher trotz aller Bedenken, die ihr weit über die Grenze meiner Partei entgegengebracht worden sind, ihre Wege weiter verfolgt, und sie scheint entschlossen zu sein, den Weg weiterzugehen. Meine politischen Freunde haben im Landtage ihre warnende Stimme erhoben. Sie werden es immer und immer wieder tun und sie werden es auch hier tun, soweit sie darin nicht einen unbefugten Eingriff in die preußische Landesgesetzgebung erblicken, den sie auch nicht wünschen, weil für sie viel mehr höhere Gesichtspunkte in Frage kommen, die auch für das Reich von durchschlagender Bedeutung sind. Der Reichskanzler hat durch die Erklärung, die er heute hat abgeben lassen, bewiesen, daß er nicht gewillt ist, diese Gesichtspunkte für das Reich gelten zu lassen. Wir ziehen daraus nur die eine Konsequenz, daß wir infolgedessen dem Antrage der polnischen Partei zustimmen werden. (Lebh. Beifall im Zentr.)

Abg. Schlee (Natl.):

Es ist nicht richtig, daß das Enteignungsgesetz nur angewendet werden muß und wird nur gegen Polen. (Lachen bei den Polen.) Die Polen würden bei umgekehrten Verhältnissen genau so handeln. (Rufe Niemals!) Das haben sie in Westpreußen zurzeit des Königsreichs Polen bewiesen. (Lebh. Sehr gut!) Auch in Galizien handeln sie ebenso. (Sehr gut!) Die Polen heben in Preußen von jeher Unzufriedenheit gesät. Wir haben das gute Recht, uns zusammen zu schließen und Front zu machen gegen den Boykott, den die Polen lange vor der Enteignungspolitik in Szene gesetzt haben. Unsere Pflicht ist es, einen deutschen Bauernstand heranzuziehen, der eine feste Stütze des Vaterlandes bildet. Dann werden wir auch mit den Polen und Sozialdemokraten fertig werden. (Beifall bei den Nationalliberalen. Unruhe links.)

Abg. Graf von Carmer-Ziesewitz (Kons.):

Die Polen haben sich stets als erbitterte Feinde Preußens erwiesen. Diese Materie gehört nicht vor das Forum des Reichstages; sie ist Landessache. Die Vorwürfe des sozialdemokratischen Redners reichen nicht heran an die Größe Preußens. (Lebh. Beifall rechts.) Es handelt sich hier um eine Frage des öffentlichen Rechtes und der öffentlichen Interessen zur Wehrung des Staatswohles in Preußen. Deshalb muß man die Verantwortlichkeit auch hierfür Preußen überlassen. Wir stimmen gegen den Antrag, da wir auf dem Standpunkt der Regierung stehen. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Steg (Natl.) findet die namentliche Abstimmung morgen statt.

Abg. Dr Pachnicke (Fortschr. Volksp.):

Unsere Bedenken gegen das Gesetz haben sich vollkommen bestätigt. Das Enteignungsgesetz trägt den Stempel der Schwäche an sich. Die Regierung hat den Hakatisten nachgegeben. Auch landwirtschaftlich genommen macht der preußische Staat das schlechteste Geschäft. Sittlich genommen ist es eine Verletzung des Heimatrechtes, die die Polen hinüberdrängt nach Ost- und Westpreußen und Pommern. Die Ansiedlungspolitik ist uns an sich nicht unsympathisch, sie müßte sich aber auf alle Provinzen erstrecken. Die Beschwerden sind nicht an den Reichskanzler zu richten, sondern an den preußischen Landtag. Das Zuständigkeitsverhältnis haben wir zu respektieren. Lebh. Hört, hört rechts.) Deshalb enthalten wir uns bei der Abstimmung der Stimme. (Hört, hört.) Sachlich verwerfen wir die Regierungsmaßnahmen; je eher das Gesetz beendet wird, desto besser. (Beifall links, Lachen und Unruhe rechts.)

Abg. Mertin (Reichsp.):

Nach dem oben gehörten Meisterstück der Diplomatie (Sehr gut und Heiterkeit) ist es schwer, hier zu reden. (Erneute Heiterkeit.) Es handelt sich nicht um willkürliche Akte, sondern um die Ausführung eines bestehenden Gesetzes. Die Interpellation ist eine Demonstration, und dazu sollte sich der Reichstag nicht hergeben. (Sehr gut.) Herr Wendel ist zweifellos ein witziger Mann. Diese Fülle von Witzen dürfte aber wenig angebracht gewesen sein, denn den Interpellanten dürfte die Sache bitterer Ernst sein. (Lebh. Sehr gut.) In dem Gesetz hätte ein Einspruchsrecht und ein Veräußerungsverbot festgelegt werden müssen. Schließlich könnte man ja jede Zwangsversteigerung als einen Eingriff in die Freizügigkeit bezeichnen. Preußen ist verpflichtet, die Polenpolitik im Interesse der Selbsterhaltung weiter zu treiben. Seine Politik muß stetig sein. Wir Preußen sind es Deutschland schuldig, daß wir eine feste Polenpolitik treiben, erst dann wird Deutschland das gewonnen haben, was Preußen erobert hat. (Lebh. Beifall.)

Abg. v. Morawski-Dzierzykraj (Pole):

Was uns heute beschäftigt, ist ein ganz ungewöhnlicher Vorgang. Das Vorgehen gegen den polnischen Großgrundbesitz ist nicht zu trennen von dem Schicksal des preußischen Grundbesitzes. Die Junker sägen dabei den Ast ab, auf dem sie sitzen.

Abg. Hansen (Däne)

erklärt seine Zustimmung zu dem Antrage der polnischen Fraktion.

Abg. Thumann (Els.):

Wir bedauern und verurteilen die gegen die Polen gerichtete Ausnahmepolitik. Möge der Reichstag durch einen energischen Protest die preußische Regierung zurückrufen auf den Weg strenger Gerechtigkeit und auf den Boden des Grundsatzes: Gleiches Recht für alle.

Abg. Ledebour (Soz.):

Wenn hier gesagt worden ist, das Enteignungsgesetz sei gar kein Ausnahmegesetz, denn es steht gar nicht darin, daß nur Polen enteignet werden sollen, so ist das nichts weiter als eine abgrundtiefe Heuchelei.

Präsident Dr. Kämpf

rügt diesen Ausdruck.

Abg. v. Trampczynski (Pole):

Das Gesetz gegen uns ist seinerzeit mit einer künstlichen Mehrheit herbeigeführt worden und man hat das Versprechen gebrochen, das damals ein Minister gegeben hat, dahingehend, daß das Gesetz nicht zur Anwendung gelange.

Abg. Mumm Wirtsch. Vgg.)

erklärt, daß seine Freunde es ablehnen, sich an der Verhandlung zu beteiligen und daß sie gegen den polnischen Antrag auf Erteilung eines Mißtrauensvotum an den Reichskanzler stimmen werden.

Abg. Dr. Pachnicke (Volksp.):

Wir werden uns der Abstimmung enthalten, weil der polnische Antrag in seiner jetzigen Fassung ein staatsrechtlicher Nonsens ist. Für die Handhabung eines preußischen Gesetzes können wir den Reichskanzler nicht verantwortlich machen.

Abg. Ledebour (Soz.):

Diese Deduktion ist falsch. Wenn die bundesstaatliche Gesetzgebung gegen die Reichsgesetzgebung verstößt, dann ist für uns im Reichstage der Reichskanzler die maßgebende Persönlichkeit, an die wir uns zu halten haben.

Damit schließt die Besprechung der Interpellation.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr (Abstimmung über den polnischen Antrag, sowie Beratung eines Gesetzentwurfes betr. vorübergehende Zollerleichterungen bei der Fleischeinfuhr.

Schluß 7 Uhr.

Aus der Budgetkommission.

Berlin, 29. Jan. (Privattelegr.) Die Budgetkommission des Reichstages erhöhte in ihrer heutigen Sitzung entsprechend einem gemeinsamen Antrage des Zentrums, der Konservativen und der Nationalliberalen das Gehalt des zweiten Direktors im Reichsversicherungsamt von 11 000 Mk. auf 12 000 Mark. Der im Postetat angeforderte Zuschuß zu den Krankenkassen der nicht versicherungspflichtigen Post- und Telegraphenunterbeamten in Höhe von 670 000 Mark gab Veranlassung zu einer Besprechung der Krankenkassenverhältnisse. Die statutarischen Bestimmungen sind in einzelnen Teilen wesentlich demokratisch. Die Verwaltung hat sich einen großen Einfluß gesichert. Im übrigen wird die Schaffung der Kasse lebhaft begrüßt und ihr Ausbau gewünscht. Ein Zentrumsmitglied brachte den Gedanken zum Ausdruck, die Unterbeamten möchten sehr zahlreich den Kassen beitreten und ihre Entwicklung und soziale Leistungsfähigkeit zu beeinflussen suchen. Die Einzelberatung der einmaligen Ausgaben führte zu Klagen über die Verzögerung der Schlußabrechnungen und speziell darüber, daß die bewilligten Summen stets unter allen Umständen vollständig ausgegeben würden. Von Interesse dürfte der geplante Neubau eines Postscheckamtes in Berlin zum Gesamtbetrage von 1 460 000 Mk. sein. Für die Vergrößerung des Postgebäudes in M.Gladbach wurden 206 000 Mk., für die Herstellung der Gleis- und Bahnsteiganlagen für die rheinische Postverladestelle in Köln-Deutzerfeld als zweite Rate 450 000 Mk., insgesamt 662 500 Mark bewilligt. Im außerordentlichen Etat sind 85 Millionen Mark (13 Millionen Mark mehr als im Vorjahr) für Fernsprechzwecke vorgesehen. Aus der Kommission heraus wurde eine stärkere Amortisation als bisher gewünscht. Im außerordentlichen Etat sind die Einnahmen aus Porto- und Telegraphengebühren auf 770 Millionen Mark (43 Mill. Mark mehr als 1912) ausgesetzt. Ministerialdirektor Aschenborn teilt mit, daß der Etatsansatz pro 1912 voraussichtlich erreicht werde (727 Millionen Mark). Auf einen Wunsch, den Krankenkassen und Gewerkschaften die Beförderung von ausgefüllten Formularen als Geschäftspapiere zu gestatten, erwiderte die Verwaltung, daß dies nach § 9 der Postordnung unter bestimmten Voraussetzungen zulässig sei. Der Postetat wurde definitiv erledigt. Nächste Sitzung Donnerstag. Denkschrift über die Beamtenorganisationen.

Nochmals Reichstagspräsident Kaempf und die Abendsitzung.

Die „Freisinnige Zeitung veröffentlicht eine ihr „von maßgebender Seite", also wohl vom Reichstagspräsidenten Kaempf selbst zugegangene Zuschrift, die wir nach dem Grundsatze des audiatur et altera pars hier wiedergeben:

„Es ist unrichtig, daß dem Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf, als er am Mittwoch verkündete, daß er am Donnerstag eine Abendsitzung zu halten gedenke, bekannt war, daß ein Bierabend der Zentrumsfraktion am Donnerstag stattfinden solle. Es ist richtig, daß der Vorsitzende der Zentrumsfraktion am Donnerstag mit dem Präsidenten Dr. Kaempf über die Abendsitzung gesprochen hat. Herr Dr. Spahn verließ den Reichstagspräsidenten mit der Erklärung, dann müsse er versuchen, seinerzeit ein Arrangement zu treffen. Weder am Mittwoch, als der Präsident seine Absicht eine Abendsitzung zu halten, verkündete, noch am Donnerstag, als er um 6 Uhr die Vertagung der Sitzung bis um 8 Uhr vorschlug, ist von irgendeiner Seite Widerspruch erhoben worden".

Diese Zuschrift stimmt mit den Darstellungen, die uns aus dem Reichstage über diesen Zwischenfall zugegangen sind, und in denen die einzelnen Vorgänge ganz detailliert geschildert sind, nicht überein. — Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt zu dem Vorfall: „Wir haben keinen Anlaß, uns unserseits in diesen Streit einzumischen, sondern begnügen uns mit der Feststellung, daß man auch auf der rechten Seite Verständnis für das Vorgehen des Zentrums hatte. Es mußte dem Präsidenten bekannt sein, daß das Zentrum für den betreffenden Abend eine Veranstaltung nicht nur geplant, sondern schon vorbereitet hatte. Und wenn ihm das bekannt war, so bedeutete die Ansetzung einer Abendsitzung tatsächlich einen Mangel an Rücksicht."

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

20. Sitzung.

Berlin, 28. Jan. 1913. (Privattelegr.)

Der Gesetzentwurf betreffend die Umlegung von Grundstücken in Griesheim am Main wird der Kommunalkommission überwiesen.

Die Denkschrift betreffend die vom 1. April 1909 bis 31. März 1911 erfolgten Bauausführungen an den Wasserstraßen, über deren Regulierung dem Landtage besondere Vorlagen gemacht sind, wird debattelos zur Kenntnis genommen.

Der Gesetzentwurf betreffend das Schleppmonopol auf dem Rhein-, Weser- und Lippekanal wird debattelos an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Darauf erledigt das Haus

Petitionen.

Eine Petition um Aenderung der Land-

gemeindeordnung wird durch Uebergang zur Tagesordnung debattelos erledigt.

Eine Petition fordert scharfere Besteuerung der Konsumvereine und Verbot des Warenverkaufs in den Konsumbäckereien an Nichtmitglieder. Die Kommission beantragt, den ersten Teil der Petition als Material zu überweisen und den zweiten Teil durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen. Das Haus beschließt debattelos entsprechend den Kommissionsanträgen.

Eine weitere Petition betreffend Abänderung des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes zwecks Vermeidung einer verschärften steuerlichen Belastung der dem Kreise angehörenden Städte, wird gleichfalls debattelos durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Eine Petition um anderweitige Regelung der Pensionsverhältnisse der Bürgermeister und besoldeten Magistratsmitglieder in den sechs östlichen Provinzen wird als Material überwiesen; ebenso eine Petition um Abänderung des Kommunalabgabengesetzes zwecks Hinzuziehung der Gesellschaft m. b. H., an Stelle der Gesellschafter, zur Gemeindeeinkommensteuer.

Eine Petition der städtischen öffentlichen Pfandleiher betreffend Befreiung von der Verpflichtung zur Herausgabe gestohlener Sachen ohne Entschädigung wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Wassergesetzentwurf, kleinere Vorlagen.

Schluß 3¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

120. Sitzung.

⊻ **Berlin**, 29. Jan. 1913. **(Privattelegr.)**

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Präsident Graf Schwerin-Löwitz mit, daß der Kaiser die Glückwünsche des Hauses zu seinem Geburtstage huldvollst entgegengenommen habe.

Fortsetzung der zweiten Beratung über den

Landwirtschaftsetats

beim Gestütsetat.

Abg. Burchard (Kons.)

meint, der Landwirtschaftsminister sollte auf den Kriegsminister einwirken, daß bessere Remontepreise gezahlt würden.

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer:

Der Kriegsminister ist beim Ankauf von Remonten an seinen Etat gebunden und dem Reichstag Rechenschaft schuldig. Aber ich will mich gern mit dem Kriegsminister in Verbindung setzen, um bessere Remontepreise zu erzielen.

Der Rest des Gestütsetats wird ohne wesentliche Debatte erledigt.

Es folgt die Beratung des **„Domänenetats"**.

Abg. Weisermel (Kons.)

erklärt, daß er und seine Freunde damit einverstanden seien, daß die Domänen durch Aufteilung zur inneren Kolonisation herangezogen werden, jedoch nur dann, wenn Aussicht besteht, daß die angesiedelten Bauern auch bestehen könnten. Seine Freunde bäten um Vermehrung und Verbesserung der Arbeiterwohnungen auf den Domänen und um Auskunft, wie es mit der Feuerversicherung auf den Domänen stehe.

Ein Regierungsvertreter

teilt mit, daß nach Gründung des Verbandes öffentlicher Feuerkassen die Verwaltung demnächst einen diesbezüglichen Entwurf vorlegen wird.

Abg. Heine (Natl.):

Bei den jetzigen teuren Fleischpreisen muß die Verwaltung darauf achten, daß die Domänenpächter eine gewisse Menge Vieh züchten. Auch wir sind damit einverstanden, daß die Domänen zum Zwecke der inneren Kolonisation aufgeteilt werden.

Abg. Delius (Volksp.):

Mit besonderer Freude begrüßen wir, daß im Domänenetat eine große Summe zur Verbesserung der Arbeiterwohnungen eingesetzt ist.

Abg. Arning (Natl.):

Durch die Aufteilung der Domänen würde die Viehzucht bedeutend gehoben und Abhilfe gegen die Fleischteuerung geschaffen. Das beweist die günstige Entwicklung der Schweinezucht in Hannover und deren Einwirkung auf ganz Deutschland.

Abg. Leinert (Soz.):

Die Domänen werden häufig noch viel zu billig verpachtet. Das Interesse des Staates muß mehr gewahrt werden. Der Staat sollte die Domänen an kleinere Besitzer verpachten. Auch müßte auf den Domänen genügend Vieh zur Fleischversorgung des Volkes gehalten werden, um so der Teuerung entgegenzuwirken. Die Seebäder müssen der ärmeren Bevölkerung zugänglich gemacht werden.

Landwirtschaftminister v. Schorlemer

stellte fest, daß auf den preußischen Domänen überall Vieh gehalten wird, mit Ausnahme von dreien, wovon eine, Ruhleben, für Trabrennen, die beiden anderen parzellenweise an Brauereigenossenschaften verpachtet sind. Auch wir wollen gern die Domänen für die innere Kolonisation aufteilen. Alle Domänen eignen sich aber hierfür nicht.

Ministerialdirektor Brümmer:

In dem letzten Jahre wurden 27 Domänen verpachtet, während 22 Domänen für die innere Kolonisation und öffentliche Zwecke zur Verfügung gestellt wurden. Das ist ein Beweis, daß die Regierung ihr möglichstes tut, um der inneren Kolonisation zu dienen.

In der Spezialdebatte erklärte

Ministerialdirektor Brümmer:

Bei der Verpachtung von Bädern werde auch zukünftig gesorgt, daß den ärmeren Klassen eine Erleichterung in bezug auf die Benutzung der Bäder gewährt werde.

Abg. Fürbringer (Natl.)

wünschte moderne Verbesserungen der Badeeinrichtungen auf Norderney.

Darauf ist der Domänenetat erledigt und das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Forstetat, Etat der Seehandlung.).

Schluß: nach 5,30 Uhr.

Provinzielles.

= **Dortmund**, 29. Jan. Gestern vormittag 8 Uhr ist im Walzwerk 2 des Eisenwerks „Union" der Zimmerer Valentin Gast, der dort für die Firma Hanebeck arbeitete, von einem vorbeifahrenden Dampfkran erfaßt und sofort zu Tode gedrückt worden. Der Kranführer starb gestern nachmittag infolge des Schreckens über den Unfall.

= **Bielefeld**, 29. Jan. Ein umfangreiches Diebes- und Hehlernest wurde von der hiesigen Kriminalpolizei ausgenommen. Die hier und an mehreren Orten außerhalb vorgenommenen umfangreichen Durchsuchungen förderten ganze Wagenladungen von veruntreuten Waren zutage, die der bestohlenen Firma C. L. wieder zurückgegeben werden konnten. Der Wert der beschlagnahmten Gegenstände beträgt zirka 3000 Mark. Vier junge Leute, die bei der bestohlenen Firma teils im Kontor, teils im Lagerraum und als Laufbursche tätig waren, sowie drei hiesige Fahrradhändler, die sich der gewerbsmäßigen Hehlerei schuldig gemacht haben, wurden festgenommen und dem hiesigen Amtsgericht zugeführt.

𝔅. **Duisburg**, 29. Jan. Der 20jährige Schuhmachergeselle Jülich litt bereits seit längerer Zeit an Epilepsie. Gestern stürzte er infolge eines Krampfanfalles von seinem Schemel. Ein Waffenknabe fand ihn tot am Boden liegen. Der Arzt stellte fest, daß Jülich das Genick gebrochen [illegible].

Die Londoner Friedensverhandlungen abgebrochen.

≃ **London**, 29. Jan. Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben **die Vertreter der Balkanverbündeten** ihre Note dem Aeltesten der Vertretung, Nowakowitsch übergeben, der sie Reschid Pascha überreichen soll, sobald er es für angebracht hält. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Note morgen überreicht werden wird. Die Vertreter der Verbündeten meinen, daß sie mit der Ueberreichung der Note **ihre Aufgabe in London beendet haben.**

Der Tag ihrer Abreise ist indessen noch nicht festgesetzt worden. Venizelos reist vor Ende der Woche nach Athen ab. Die Mehrzahl der Vertreter wird London wahrscheinlich in wenigen Tagen verlassen. Nach Reuters Erkundigungen erwähnt die Note das Ende des Waffenstillstandes nicht. Ueber diese Frage werden die Regierungen und die Oberbefehlshaber im Felde entscheiden.

⊻ **London**, 29. Jan. **Die Note, welche die Balkanverbündeten heute nachmittag den türkischen Delegierten überreichten, erklärt die Verhandlungen für abgebrochen.**

⚒ **London**, 29. Jan. Der serbische Geschäftsträger Gruitsch erschien um 3 Uhr heute nachmittag im Carlton Hotel, wo er von dem Sekretär der türkischen Mission empfangen und in die Zimmer von Reschid Pascha geführt wurde. Gruitsch überreichte hierauf formell **die Note der Verbündeten,** verließ wieder das Hotel und begab sich zum Auswärtigen Amt, um Sir Edward Grey eine Abschrift der Note zu überreichen.

Keine Aufgabe Adrianopels.

△ **Konstantinopel**, 28. Jan. Der Entwurf der Antwort der Pforte ist heute ins Französische übersetzt worden. Wie es heißt, erklärt der Entwurf, der wahrscheinlich nochmals vom Ministerrat geprüft werden wird, daß sie die von den osmanischen Bevollmächtigten in der Sitzung vom 3. Jan. bereits gemachten Zugeständnisse annehme, also für **das Vilajet Adrianopel eine Grenzlinie,** die der alten Grenze bis zur Arda folgt, dessen Lauf sie bis zur Einmündung der Sögüdlü Tschai folgen wird, um, Gümülschina östlich liegen lassend, am See Buru Göl zu enden. Ihre Rechte auf die Inseln des Aegäischen Meeres halte die Pforte aufrecht.

Wie der Berichterstatter der „Voss. Ztg." aus Pfortenkreisen erfährt, wird die Antwortnote der Pforte an die Großmächte aussprechen, daß die von **den türkischen Unterhändlern** in London gemachten Zugeständnisse aufrechterhalten werden, daß aber neue nicht gemacht werden könnten. Das Komitee für Einheit und Fortschritt hat beschlossen, für den Fall der Ablehnung dieser Antwort durch die Balkanverbündeten in eine **Autonomie Adrianopels** einzuwilligen, zugleich aber zu erklären, daß **keine Insel abgetreten würde.** Sollte auch dieses letzte Angebot in betreff Adrianopels abgelehnt werden, dann würde die **türkische Regierung selbst den Waffenstillstand kündigen, alle Waffenfähigen vom 30. bis zum 45. Jahre einberufen und eine innere Zwangsanleihe aufnehmen, die je nach der Vermögenslage pro Person ein bis zehn türkische Pfund zu betragen hätte.**

Gegenrevolution in Vorbereitung?

Trotzdem die jungtürkischen Kreise sich die größte Mühe geben, die Zwistigkeiten innerhalb des Heeres zu unterdrücken, und die Nachrichten hierüber als unwahr hinzustellen, sind nach dem „Hann. Cour.", Meldungen von unterrichteter Seite nach Wien gelangt, die das Vorhandensein tiefer Gegensätze bestätigen. Der Tod Nasim Paschas, der sehr beliebt war, hat die Truppen und die ihm ergebenen Offiziere in große Erregung versetzt, und man glaubt im allgemeinen, daß er absichtlich getötet worden sei. Daher ist die Erbitterung groß, und das Komitee fürchtet die **Gefahr einer Gegenrevolution.** Seine Abgesandten geben sich alle Mühe, die Offiziere zu beeinflussen oder auch einzuschüchtern. Auch in Paris sind Gerüchte über einen Gegenschlag im Umlauf. Die Nachricht, daß **Abdu-Pascha** an der Spitze des 4. Armeekorps sich anschickt, von der Tschataldschalinie **nach Konstantinopel zu marschieren,** um die Ermordung seines Freundes Nasim Pascha zu rächen, wird dort auf Grund von Meldungen jüngsten Datums, die aus Tschataldscha direkt eingetroffen sind, **für glaubhaft** gehalten.

Der jungtürkische Staatsstreich.

☆ **Konstantinopel**, 29. Jan. Die Pforte wird eine Mitteilung veröffentlichen, worin die Presse aufgefordert wird, Fragen der innern und der äußern Politik nicht im Geiste der Parteien zu behandeln. — **Das Kabinett** ist nunmehr vollständig, abgesehen von dem Präsidium des Staatsrats, das dem ehemaligen Großwesir Kiamil Said angeboten worden ist. Die Verhandlungen mit dem frühern Großwesir Hakki Pascha, um ihn zum Eintritt in das Kabinett zu bewegen, werden fortgesetzt. Er soll sich bereit erklärt haben, irgendein Portefeuille anzunehmen, falls einige Minister wechseln und sein allgemeines politisches Programm angenommen wird. Dieses Programm würde eine **versöhnlichere Politik** gegenüber einzelnen Nationalitäten sowie allgemeine Reformen, insbesondere eine Umgestaltung der Verwaltung in westeuropäischem Geiste, in sich schließen.

Das Preßbureau erklärt die Blättermeldung, daß der frühere Sultan Abdul Hamid nach Konia gebracht werden solle, für unrichtig. Die Regierung habe keinen derartigen Entschluß gefaßt. Auch die Gerüchte über Zusammenstöße unter den türkischen Truppen in der Linie von Tschataldscha werden für falsch erklärt.

Zur Haltung der Mächte.

= **Wien**, 29. Jan. Das „Fremdenblatt" konstatiert, daß, soweit auch die Meinungen der europäischen Blätter über den bevorstehenden Entschluß des türkischen Ministeriums auseinandergehen, **der Dreibund und der Dreiverband doch vollständig darüber einig seien, daß das neue türkische Kabinett, falls es sich dem in der Kollektivnote der Mächte geäußerten Wunsche nicht anpasse, auf die Unterstützung durch die Mächte in keiner Weise rechnen könne.** In diesem Sinne seien der Dreibund und der Dreiverband **vollständig einig,** was mit um so größerem Nachdruck hervorgehoben werden müsse, als anläßlich des Konstantinopeler Putsches neuerlich der Versuch unternommen worden sei, der europäischen Oeffentlichkeit die lächerliche Fabel aufzutischen, als ob Oesterreich insgeheim der jetzigen Umwälzung in der Türkei und damit dem türkischen Widerstand gegen die Annahme der Friedensbedingungen Vorschub geleistet hätte. Weiter bestehe vollkommene Uebereinstimmung darüber, daß in dem unerwarteten Falle einer ablehnenden Antwort die Mächte jede isolierte Aktion unterlassen müßten.

Die rumänisch-bulgarische Frage.

△ **Bukarest**, 29. Jan. Dem Verlangen Rumäniens entsprechend, sind der rumänische Gesandte in London Mischu und Dr. Danew als Vertreter Bulgariens übereingekommen, ein Protokoll abzufassen, das die rumänischen Forderungen und die bulgarischen Konzessionen enthält, und das den Kabinetten in Bukarest und Sofia vorgelegt werden wird.

Russische Rüstungen.

• **Wien**, 29. Jan. Die in militärischen Dingen von Fachleuten bediente „Zeit" schildert die russischen Rüstungen folgendermaßen:

In den westlichen Militärbezirken ist eine Truppenzahl vereinigt, die den normalen Friedensstand um etwa 300 000 Mann überschreitet, also mehr als eine halbe Million Streiter. Diese Erhöhung der Friedensstände erfolgte ohne strategischen Aufmarsch in den Friedensstationen. Die rein polnischen Regimenter wurden aus den Grenzbezirken herausgezogen, zum Teil in die Gouvernements Kasan und Samara, ja selbst an die mongolische Grenze verlegt und durch Truppenkörper aus dem Innern des Reiches ersetzt. Daneben werden materielle Maßregeln getroffen. Die Festungen in Polen und Wolhynien werden in fieberhafter Eile ausgerüstet. Der Ausbau des Warschauer Zentralwaffenplatzes ist beendigt, auch die Ostfront Warschaus ist durch neue Werke mit Segrsche, die Westfront mit Nowo-Georgiewsk in Verbindung gebracht und dadurch ein geschlossenes Festungsdreieck mit mehr als 2500 Geschützen und mehr als 100 000 Mann normierter Besatzung geschaffen worden. Gegen die deutsche Grenze sind die Lagerfestungen Grodno und Kowno nebst zahlreichen starken Flußsperren und Brückenköpfen ausgerüstet worden. Die starke Festung Brest-Litewsk dient als Stützpunkt einer geplanten Zentralstellung und des Aufmarsch- und Sammelraumes für beträchtliche Streitkräfte. Selbst die veraltete kleine Gürtelfestung Iwangorod ist neuerdings wieder in Bereitschaft versetzt worden und soll durch Feldbefestigungen erweitert worden sein. Der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Kowel ist zu einem verschanzten Lager ausgestaltet, und die provisorischen Werke von Luck und Kowno in Wolhynien sind vermehrt und verstärkt worden. Dort sind auch große Mengen Vorräte aufgestapelt worden. Zu beiden Seiten des alten, aber örtlich starken, kasemattierten Doppelwallfort bei Dubno, das die Iwaniedersung beherrscht, wurde eine 5 Klm. breite feldmäßige Stellung vorbereitet, die im Bedarfsfalle aus der Geschützreserve des Forts bestückt werden soll. Auch die offenen Orte Kremenietz und Ostrog in Wolhynien sollen durch feldmäßige Schanzen geschützt worden sein. In den unübersichtlichen „Dubnoer Gärten" sind zahlreiche Militärwege und Fahrstraßen zu den wichtigen Stellungen neu angelegt, die bestehenden ausgebaut und verbessert worden. An der rumänischen Grenze sind längs des Dnjestr bei der alten Festung Bender und bei Raszkow feldmäßige Offensivbrückenköpfe errichtet, zwischen diesen beiden Orten bei Dubosary aber auf dem linken Flußufer Batterien zur Abwehr gegnerischer Uebergangsversuche gebaut worden. An dem Ausbau und der Sicherung der Eisenbahnen und wichtigen Straßen wird eifrig gearbeitet. Die bestehenden Bahnsicherungen bei Rozyszcze nördlich von Luck, bei Sarny, Zwerinka und Dorogusk sind vervollständigt und verstärkt, neue Wachhäuser errichtet, die Ausweichstellen der eingleisigen Bahnen vermehrt, zahlreiche Rampen angelegt worden. Gegenüber Krakau, unmittelbar an der Grenze, sind umfangreiche Erdaushebungen für Batteriestellungen im Gange. Die Festungsflußminenabteilungen in Warschau, Iwangorod und Nowo-Georgiewsk veranstalten fleißig Uebungen unter Teilnahme der vermehrten Flußflottille. Die Neubefestigung und Umgestaltung Kiews zu einem modernen Waffenplatz wird von einer Kommission studiert. Die Eisenbahnverwaltungen sind angewiesen, einen großen Wagenpark bereitzuhalten. Die wichtigsten Stationen stehen schon jetzt unter militärischer Aufsicht. Die Grenzbewachung wird neuerdings außer von den regulären Grenzwachtruppen auch von Linientruppen versehen. Besonders umfangreich sind die Vorsorgen für Ansammlung von Vorräten und Kriegsmaterial aller Art. Alle festen Plätze sind für sechs Monate mit Vorräten versehen worden, Warschau und Brest-Litewsk für noch längere Zeit. Verträge für große Lieferungen von Futter- und Lebensmitteln und von Halbpelzen und Schuhwerk sind abgeschlossen worden. In Deutschland sind 300 Lastautomobile, lieferbar am 1. März, bestellt worden. Die Munitionsfabriken arbeiten Tag und Nacht. An den weiter landeinwärts gelegenen Bahnstationen werden Feldbäckereien errichtet und Zelte, Heizmaterial usw. aufgestapelt. In den zentralen Militärbezirken wird die Aufstellung von Kadres für die Reserveformationen vorbereitet. Die Luftschiffer- und Scheinwerferabteilungen werden weiter ausgebaut, große Bestellungen für diese Hilfswaffen im Auslande, namentlich in Frankreich, gemacht. Auch die Kriegsbrückenequipagen sind jüngst beträchtlich vermehrt worden.

Letzte Nachrichten.

W **Konstantinopel**, 29. Jan. **(Telegr.)** Die „Köln. Ztg." meldet: Das Kabinett Mahmud Schewket Pascha befindet sich in einer üblen Lage, da in der **Armee allgemeine Unzufriedenheit herrscht,** weil die Erschießung Nasim Paschas als absichtlich angesehen wird. Wie im vorigen Jahre ist **das Heer von neuem in zwei feindliche Lager für und gegen das Komitee geteilt.** Hier erzählt man, daß es **nicht nur in der Tschataldschalinie, sondern auch in den Befestigungen der Dardanellen, des Bosporus, bei Bulair und San Stefano zu Zusammenstößen gekommen sei. In Hademkoi sollen sie schon seit Samstag andauern.** Angeblich kommen täglich von dort Verwundete hier an; vorgestern 72, davon 32 Offiziere, gestern 123 davon 21 Offiziere. Die Zahl der Toten ist unbekannt. Der Militärbund, der dem Komitee feindlich gesinnt ist, hielt Versammlungen an verschiedene Stellen der Stadt ab. Abu Pascha, der Kommandeur der Truppen in der Tschataldschalinie und die dortigen Offiziere sind immer für Fortsetzung des Krieges gewesen, aber sie sind auch Gegner des Komitees und **drohen mit einem Nachzug nach Konstantinopel.** Der Kriegsminister fährt täglich im Automobil von einer Kaserne zur andern, um die Truppen anzufeuern. Er hat daher keine Zeit für seine allgemeinen Geschäfte.

Der Wortlaut der Note der Balkandelegierten.

W **London**, 29. Jan. **(Telegr.)** Der Text der Note der Balkandelegierten lautet: „An Ihre Exzellenzen die Herren Bevollmächtigten und Delegierten der Hohen Pforte auf der Friedenskonferenz! Da die Bevollmächtigten der verbündeten Staaten seit der Suspension der Arbeiten der Friedenskonferenz **vergeblich während dreier Wochen die Antwort der ottomanischen Delegierten auf die letzte Aufforderung erwarteten und da,** wie es scheint, die Ereignisse in **Konstantinopel die Hoffnung** beseitigen, **zu einem Friedensschluß** zu gelangen, sehen sie sich gezwungen, zu ihrem größten Bedauern zu **erklären, daß die am 16. Dezember 1912 in London angeknüpften Verhandlungen am 28. Januar 1913 abgebrochen wurden."** Die Urkunde trägt die Unterschrift aller Delegierten der Balkanstaaten, an der Spitze die Dr. Danews.

= **Krefeld**, 29. Juni. Unterschlagungen in Höhe von 30 000 Mark ließ sich der Buchhalter Faerver als Privatsekretär und Vermögensverwalter einer reichen Dame zuschulden kommen.

= **Weibern** (Bez. Koblenz), 29. Jan. In der Nacht auf den 9. Januar 1910 ist hier ein Mann mit Namen Michel Schmitt erdrosselt aufgefunden worden. Damals soll sich Sternickel in der Nähe, u. a. in Herschbach und Langenfeld, aufgehalten haben. Jetzt teilt die „Andernacher Volkszeitung" mit, daß die Akten über den Fall an das Landgericht in Frankfurt a. d. Oder eingesandt worden seien.

= **Saarlouis**, 29. Jan. Zwischen Bivingen und Mondorf wurde ein am Bahnbau beschäftigter italienischer Arbeiter auf freiem Felde tot aufgefunden. Der Mann war in der stürmischen Nacht vom Wege abgeirrt und im Lehm stecken geblieben, aus dem er sich trotz aller Anstrengungen nicht mehr befreien konnte.

Vermischtes.

wb **Berlin**, 29. Jan. Prinz Adalbert schlief in der Nacht mit kurzen Unterbrechungen gut. Temperatur 36,1, Puls 65. Die Lungenerscheinungen sind weiter zurückgegangen. Weitere Bulletins werden nicht mehr ausgegeben.

= **Berlin**, 29. Jan. Vor den Augen seiner Frau getötet wurde der 64jährige Produktenhändler Weißhapt. Er geriet zwischen zwei Kraftdroschken und wurde zermalmt. Als er die Tiergartenstraße überschreiten wollte, wurde er von den beiden in entgegengekommender Richtung heranfahrenden Kraftwagen erdrückt.

✣ **Osnabrück**, 29. Jan. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich auf der Eisenbahnrampe beim Verladen eines Möbelwagens. Dieser geriet ins Gleiten und der Kohlenhändler Niemeyer kam so unglücklich zwischen Wagen und ein Staket, daß er schwere Quetschungen davontrug, denen er nach kurzer Zeit erlag.

• **Zwickau**, 29. Jan. In dem benachbarten Orte Lichtentanne ereignete sich gestern im Stahlwerk des König Albert-Werkes ein schwerer Unfall. Beim Transport einer mit glühendem Metall gefüllten Gießpfanne brach plötzlich eine Rille, und das glühende Eisen ergoß sich über die mit dem Transport beschäftigten Arbeiter. Acht von ihnen sowie der Ingenieur Kraußhaar wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Bei zwei Arbeitern besteht unmittelbar Lebensgefahr.

= **Gießen**, 29. Jan. Im Forst des Fürsten von Ysenburg-Büdingen fand ein schwerer Zusammenstoß zwischen dem fürstlichen Förster und Wilddieben statt. Ein Wilderer wurde angeschossen und von den Genossen fortgeschleppt, während die anderen den Rückzug deckten. Polizeibunde ermittelten die richtige Spur der Wilderer.

= **Jelissawetpol** (Transkaukasien), 29. Jan. Auf den Kupferwerken der Gebrüder Kunderoff wurden durch eine Dynamitexplosion sechs Leute getötet. Ein zweistöckiges Gebäude wurde völlig zerstört.

Schiffszusammenstoß.

30 Personen vermißt.

wb **Le Havre**, 29. Jan. In der Nacht zum Dienstag stieß der Dampfer „Phryne", von Algier nach Rouen gehend, auf der Höhe von Kap La Hague mit dem Hamburger Viermaster „Pangani", von Hamburg nach Valparaiso bestimmt, zusammen. Der Dampfer traf den Segler mittschiffs mit voller Wucht. „Pangani" sank in kurzer Zeit. Vier Mann wurden von der „Phryne" aufgenommen, die übrigen 30 Mann der Besatzung werden vermißt. — Wie über den Zusammenstoß weiter gemeldet wird, befand sich der Viermaster, der nach anderen Berichten „Bagland" heißen soll, auf der Fahrt von Hamburg nach Jaulque. Das von dem Kapitän Junge befehligte Segelschiff erlitt ein großes Leck und sank alsbald. Von der 34 Mann zählenden Besatzung konnten nur vier Mann von der „Phryne" gerettet werden, nämlich der zweite Offizier, zwei Matrosen und ein Schiffsjunge. Man befürchtet, daß die übrigen Leute, die bei dem Zusammenstoß im Schlafe lagen, nicht die Zeit gehabt haben, die Rettungsboote ins Meer zu lassen und ertrunken sind. Der Kapitän der „Phryne", die erhebliche Beschädigungen erlitten hat, behauptet, daß der „Pangani" ohne Lichter gefahren sei.

Telegramme.

Zum Tode des Erzherzogs Rainer.

W **Berlin**, 29. Jan. **(Telegr.)** Das „Armee-Verordnungsblatt" veröffentlicht folgende Kabinettsorder: Um das Andenken des aus dem Leben geschiedenen Erzherzogs Rainer von Oesterreich zu ehren, bestimme ich: Erstens: Sämtliche Offiziere des Niederrheinischen Füsilier-Regiments Nr. 39, dessen Chef der Verewigte war, legen auf acht Tage Trauer an. Zweitens: An den Trauerfeierlichkeiten nimmt eine Abordnung dieses Regiments, bestehend aus dem Regimentskommandeur, einem Stabsoffizier, einem Hauptmann und einem Oberleutnant oder einem Leutnant teil.

*

Zur Fleischteuerung.

W **Berlin**, 29. Jan. **(Telegr.)** Die Stadt Berlin erbittet auf Antrag, ihr die Einfuhrerlaubnis für frisches Rind- und Schweinefleisch aus Rußland über den 31. März hinaus bis zum 31. März 1914 zu verlängern, vom Landwirtschaftsminister den Bescheid, daß die Einfuhr bis zum 1. Oktober 1913 zugelassen werde, daß dagegen kein ausreichender Anlaß vorliege, die Genehmigung schon jetzt bis zum 1. April 1914 auszudehnen.

*

Verkehrsnotfragen.

≃ **Krefeld**, 29. Jan. **(Telegr.)** Unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Hoff aus dem Eisenbahnministerium, tagt heute hier ein Ausschuß zur Prüfung von Maßnahmen, die sich im Betriebsdienst der westlichen Eisenbahnbezirke infolge der jüngsten Verkehrserschwernisse als zweckdienlich erweisen. Es handelt sich darum, auf den Direktionsämtern und Bahnhöfen Einrichtungen zu schaffen, die in Zeiten des stärksten Verkehrsandranges die größte Ausnutzung des technischen Apparates sicherstellen. An der Konferenz nahmen teil: Mehrere Geheimräte des Reichseisenbahnamts und Mitglieder der Eisenbahndirektion Köln, Essen und Elberfeld.

Verhaftung einer Brandstiftergesellschaft.

W **Posen**, 29. Jan. **(Telegr.)** In Mrotschen wurden sieben Einwohner wegen Brandstiftung verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Innerhalb sechs Wochen war der Ort 20 mal von Bränden heimgesucht worden.

*

Wieder eine Kiste mit 100 000 Mark gestohlen.

W **Madrid**, 29. Jan. **(Telegr.)** Auf dem Dampfer „Cap Blanco", der gestern in Vigo einlief, wurde eine Kiste mit 100 000 Mark in Gold gestohlen. [illegible] erfolglos.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Ww. Heinrich Krehmer

Margarete geb. Meurer

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Sie starb heute morgen 9 Uhr, nach langem, schweren Leiden, wiederholt versehen mit den Heilsmitteln der röm.-kath. Kirche im Alter von 54 Jahren.

Wir bitten, der teuren Verstorbenen im andächtigen Gebete zu gedenken.

Herne, Bork a. d. Lippe, St. Louis (Nord-Amerika), den 29. Januar 1913.

423 **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Die Beerdigung findet statt am Samstag, nachmittags 3½ Uhr, vom Sterbehause Wischerstrasse 187 aus. Das Seelenamt ist Montag morgen 7¾ Uhr in der Herz Jesu-Kirche.

Allen, denen aus Versehen eine besondere Einladung nicht zugehen sollte, diene dieses als solche.



Der gute Geschmack und der vonehme Stil

eines Herren-Moden-Hauses kommt am klarsten in der Maß-Abteilung zur Geltung.

Betrifft:

Mass-Anfertigung

Mein verständnisvolles Eingehen auf die persönliche Geschmacksrichtung der Käufer, die Anstellung allererster Arbeitskräfte, die prompte Aufnahme jeder Mode-Neuerung in Stoffen und Fassons, sodann auch die Verwendung bester Zutaten haben meiner Maß-Abteilung zu ihrer jetzt maßgebenden Größe verholfen. Um die mir gütigst zu erteilenden Aufträge noch vor dem Osterfeste mit gewohnter Pünktlichkeit erledigen zu können, bitte ich höflichst, die zugedachten Maß-Bestellungen schon jetzt aufgeben zu wollen.

375

Bochum Obere Marktstr. 18 — **J. Fischer** — Herne Eröffnung: Mitte Februar

Größtes und leistungsfähigstes Spezialgeschäft der Bekleidungsbranche.



Uhren, Goldwaren, optische Artikel

Grösste Auswahl billigste Preise

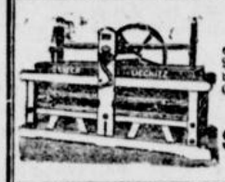
H. Brunkhorst

Herne, Bahnhofstr. 56, neben Drogerie Klische.

10000 neue rote Betten schon verkauft.

1½schläfig, von echt rot dicht Daunenköper, je Oberbett, Unterbett und 2 Kissen mit 20 Pfd. neuen Halbdaunen gefüllt, zusammen nur 30 Mk. Dasselbe Gebett mit Daunen-Deckbett nur 35 Mk. Herrschaftliches Daunenbett nur 40 Mk. Zweischläfig jedes Gebett 5 Mk. mehr. — Verpackung frei. Garantie Umtausch. Katalog frei. Viele Dankschreiben. Bestellungen werden noch am Eingangstage erledigt. 3126

Bitter & Co., Bettenfabrik, Jena 52, Unt. Markt.



Glänzende Wäsche

erzielt man durch meine unübertrefflichen Mangeln aller Art für Hand und Kraftbetriebe vielerlei Größen, neueste Konstruktion, zieht. Garantie, spielend leicht und geräuschlos gehend (Teilzahlung) 2270

Patente und D. R. G. M.

Seiler's Maschinen-Fabrik **Liegnitz 69.**

Preisgekrönt mit höchsten Auszeichnungen.

Städtisches Lyzeum in Herne.

Anmeldungen

für das Lyzeum werden von heute **bis zum 1. März** wochentags im Amtszimmer des Direktors von 12—1 Uhr entgegengenommen. Die **Prüfung der für Klasse VII** angemeldeten Schülerinnen findet **Montag und Dienstag, den 17. und 18. März,** vormittags 10 Uhr, **die der übrigen Dienstag, den 8. April** vormittags 9 Uhr statt.

Der Direktor des Lyzeums:

428 Becker.

Maskenkostüme

für Herren und Damen auf Wunsch nach Massanfertigung

kauf- und leihweise

empfiehlt billigst.

Fr. Kaube, Herne

256 Bahnhofstr. 83 2. Etg. — Telefon 422

Reparaturen, Vernickeln,

Anspolieren sowie Neuanfertigung sämtlicher besserer **Metallwaren, Auffrischen von Klavier- und Kronleuchtern, Ampeln** und dergl. **Fabrikation von Massenartikeln jeder Art. Ausarbeiten von Patenten,** der Preis kann vorher angegeben werden.

Franz Kleine, Herne, Neustraße 8, gegenüber der Post.

Das gute Kommunionkind.

Die Vorbereitung auf den großen Tag der ersten heiligen Kommunion von **Theodor Beining,** Pfarrer.

Preis 75 Pfg.

Zu haben bei:

Peter Stracke, Buchhandlung,

Börnig-Sodingen. Fernruf 725.

Zwangs-Versteigerung

Am **Freitag, den 31. Jan.** 10 Uhr vormittags, werde ich im Pfandlokale, beim Wirt Hochstrate hierselbst, folgende Gegenstände, als:

1 Küchenschrank, 1 Sofa, 1 Ausziehtisch, 6 Stühle, 1 Nähtisch, 1 Schreibpult, 1 Klappstuhl, 1 Waschtisch mit Marmorplatte, 1 Nachtkonsole,

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Herne, den 29. Jan. 1913.

Grupe,

435 Gerichtsvollzieher.



Regenschirme

stets Neuheiten, prima Qaulitäten,

Grösste Auswahl, Billigste Preise 4137

im Special-Haus

H. Hinkefent,

Bahnhofstr. 52. Telefon 759

Reparieren, Überziehen in eigener Werkstatt.

Was ihr dem geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.

Vinzenzverein

Herz-Jesu-Konferenz.

Jeden Donnerstag abend 8½ Uhr:

Versammlung

im Gasthaus „Zur Glocke".

Theater in Herne.

Aussergewöhnliches Gastspiel der Bochumer.

434 **Leitung: Direktor Julius Werner.**

Sonntag, den 2. Februar 1913, abends 8 Uhr,

2 Bunter Kammerspiel-Abend

im Saale des Hotel Schmitz.

Zur Aufführung gelangen humoristische Vorträge, Lieder, Couplets, Gesänge. Ferner:

Das Versprechen hinterm Herd.

Singspiel aus den österreich. Alpen.

Karnevalist. Ueberraschungen.

NB. Zu diesem II. Kammerspiel-Abend hat **Serenissimus** sein Erscheinen zugesagt; für hochdieselben u. Gefolge wird eigens eine Loge im Schmitz'schen Saal gebaut.

Gravierungen

in Gold, Silber und allen Metallen, als Wappen, Monogramme, Inschriften etc. werden rasch und unter billigster Berechnung ausgeführt. 4338

Emil Doller, Goldschmied

eigene Gravier-Anstalt

Heinrichstraße 14, parterre.

Trinker-Fürsorgestelle

d. D. V. g. M. g. G.

Herne,

Altenhöfenerstr. 16 part.

erteilt kostenlos Rat u. Hilfe

Schlittschuhe

207 verkaufe wegen Aufgabe des Artikels mit

10% Rabatt.

H. Heiland, Herne

Bahnhofstr. 111.

Mädchen u. Frauen, auch Kindern, mit dünnem, schwachem Haar, zumal wenn Kopfschuppen, Juckreiz

Haar-ausfall

sich einstellt, sei folgendes bewährte u. billige Rezept zur Pflege des Haares empfohlen: Wöchentlich 1 maliges Waschen des Haares mit **Zucker's** kombiniertem **Kräuter-Shampoon** (Paket 20 Pf.), daneben regelmäßiges kräftiges Einreiben des Haarbodens m. **Zucker's** Original-**Kräuter-Haarwasser** (Fl. 1.25) und **Zucker's** Spezial-**Kräuter-Haarnährfett** (Dose 60 Pf.). Großartige Wirkung von Tausenden bestätigt. **Echt bei H. Rohmann,** Glückauf-Drogerie. 1

Garantiert reinen Bienenhonig

Postkolli 5 Pfd. 4.75 Mk.

347 10 Pfd. 8.50

feinsten Tafelhonig

Postkolli 5 Pfund 3.50 Mark, 10 Pfund 6.— Mark versendet H. Strube, Frankfurt a. O.

Nächste Woche garantiert:

Ziehung 6. Februar

7. Schlesische Pferde-Lotterie

Los à 1 Mk. 156 000 Lose. Porto u. Liste 25 Pfg. extra

3642 Gewinne. Gesamtwert Mark

60000

spec. 45 Pferden 4 Equipagen = Mark

40000

und 3500 Silbergewinne = Mark

20000

1. Hauptgewinn: Equipage mit 4 Pferden Mark

10000

Lose empfehlen u. versenden

Lud. Müller & Co. Bankgeschäft **Berlin C.** Breitestr. 6.

Telegr.-Adr.: Glücksmüller.

Lose hier bei allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Hoffnungslose Kranke, 4074

gleich welcher Art, werden durch das neue Heilverfahren des Pastor Paul Weller, d. persönlichen Magnetismus und der Vitaopathie in kurzer Zeit geheilt von

Th. Santura, Magnetopath, Herne, Grabenstr. 36 1. Etg.

Sprechst.: 8—10 Uhr vorm. 3—5 Uhr nachm.

Lichtmeß-Kerzen

in allen Größen billig zu haben bei 413

Franz Jozefoski,

Herne, Bahnhofstraße Nr. 52.

Billiges Brot!

Gutes, kräftiges Brot, à Stück 85 Pfg., versendet gegen Nachnahme bei Abnahme von 4 St. franko als Eilgut.

H. Brinkmann, Detmold,

725 Lemgoerstraße 60.

6 Pianos

Nußbaum und schwarz, teils sehr wenig gebraucht, sind außergewöhnlich billig, auch auf Teilzahlung abzugeben. 407

Bahnhofstraße 71.

2 tragende, einjährige

Milchschafe

zu verkaufen.

Zipfel,

320 **Bismarckstraße 26a.**

Einige Karren

Brennholz

billig abzugeben.

Näheres

Mühlenstr. 10.

396

12 jg. Hühner

fleißig legend, zu jedem annehmbaren Preise sofort zu verkaufen.

333 **Strünkederstr. 10.**

Wintertafeläpfel, Ia. große tadellose Früchte, Ztr. 12 Mk., Reinetten, Malvisier, Weinlinge usw. Ztr. 9 Mk., frostfreie Korbverpackung 1 Mk. Nachnahme. **Müller's Obstversand, Draufendorf b. Hirschfelde.** 414

Feinste Tafeläpfel

Boskop, Glanz- und versch. feinste Reinetten versendet in frostfreier Packung pr. Ztr. zu 10—15 ℳ Nachnahme ab St. Grießen das

Obstversandgeschäft, E. Amann, Hohentengen, Baden. 416

Verloren

Geburts- und Taufschein mit Namen Katharina Cic. Wiederbringer erhält Belohnung.

429 **Börnig,** Gartenstraße 29.

Stanzen-bauer

tüchtiger, erfahrener, von einer Perforieranstalt in angenehmer Großstadt Mitteldeutschlands sofort gesucht.

Off. unter **H. L. 381** an den Herner Anzeiger.

Ein ordentlicher, jüngerer

Bäckergeselle,

der eben die Lehre beendet hat, sofort gesucht. 398

Gerh. Hesselmann, Strünkederstr. 99.

Ein junger 406

Schuhmacher-gehülfe

gegen hohen Accordlohn auf sofort gesucht.

Karl Ollesch, Altenhöfenerstr. 42

Schlosser, Zuschläger

und 430

jugendl. Arbeiter

sofort gesucht.

Gewerkschaft Lindenborn, Eisenhoch- und Brückenbau **Bochum-Riemke,** Kanalstraße.

Sohn achtbarer Eltern als

Bäcker- und Konditor-Lehrling

gesucht. 425

Hch. Düppe, Bäckermeister Shamrockstr. 60.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen zum 1. April 1913 für die Reinigung der Feuerwehrgeräte, Bedienung des Alarmapparates, Füttern der für die Feuerwehr bestimmten Pferde usw. einen

Wärter

anzustellen. Demselben werden in dem Hause Breddestr. Nr. 12 vier Zimmer nebst Kellergelaß als Dienstwohnung angewiesen.

Bewerber wollen ihre Gesuche nebst Lebenslauf sowie Gehaltsansprüche umgehend bei der unterzeichneten Behörde einreichen.

Herne, 29. Januar 1913.

Der Magistrat.

Dr. Büren.

Damen

können gegen mäßige Vergütung unter fachmännischer Leitung ihre **eigene Garderobe** anfertigen.

Herner Zuschneideschule

365 **Math. Böger,** Bahnhofstraße 29, 1. Etg.

Ein ordentliches

Dienstmädchen

für alle Arbeiten gegen hohen Lohn gesucht.

Frau Adolf Steffen, 376 Reichshallen.

Suche zum 1. Febr. ein ordentl

Mädchen

für alle Hausarbeiten, welches zu Hause schlafen kann.

Frau Orgelmacher, 354 Schulstraße 51 a.

Näherin

für Manufakturwarengeschäft gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des „Herner Anzeiger". 400

Suche zum 1. Februar ein properes

Mädchen

für halbe Tage. Näheres in der Geschäftsstelle des „Herner Anzeiger". 431

Ein braves kath.

Mädchen

für alle Hausarbeiten nach auswärts gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des „Herner Anzeiger". 426

Suche ein älteres

Mädchen

oder Witwe zur Führung eines kl. Haushaltes.

Zu erfahren in der Geschäftsstelle d. Herner Anz. 420

Schöne 3 Zimmer-

Wohnung

sofort oder später zu vermieten

Hch. Düppe Bäckermeister

424 **Shamrockstr. 60.**

2 Wohnungen

je 2—3 Zimmern zum 1. April zu vermieten. 352

Mont-Cenisstraße 25.

? Das grosse Los ?

nicht, aber eine festgesicherte Existenz kann sich jeder schnell entschlossene Mann oder Frau durch Kauf eines

schönen Eckhauses

mit zwei Lokalen gründen. In demselben wird seit längeren Jahren ein flottes Kolonialwarengeschäft betrieben, auch für Metzger passend, liegt bei Herne, hat 6—700 Mk. Mietsüberschuß und soll krankheitshalber schnell weit unter Preis, bei kleiner Anzahlung verkauft werden

Off. unter **P. T. 197** an die Geschäftsstelle des Herner Anz.

3-4 Zimmer-Wohnung

in ruhigem Hause zum 1. März gesucht. Offerten unter B. R. 163 an die Geschäftsstelle des Herner Anzeiger.

Wohnung

von 4 Zimmern, möglichst abgeschlossen, in besserem Hause im Mittelpunkte der Stadt zum 1. Juli gesucht.

Gefl. Offerten unter **K. Z. 294** an die Geschäftsstelle des „Herner Anzeiger".

Wohnung

von 2 Zimmern per 1. Februar oder später zu vermieten.

Zu erfragen: 399

Markowsky, Binckestraße 9.

Mein im Mittelpunkt der Stadt, Schulstraße 28, gelegenes, gut verzinsbares und in bestem Zustande befindliches

Wohnhaus

21 Zimmer enthaltend, mit großem Anbau, breiter Einfahrt, Hofraum und Garten, ist fortzugshalber zu verkaufen. Der Anbau eignet sich für Schreiner-, Klempner- oder Anstreicher-Werkstatt, ist auch als Lagerhaus sehr geeignet. Bisher wurde in dem Hause eine Pfandleih-Anstalt betrieben, die evtl. weiter geführt werden könnte.

307 **H. Hüls,** Schulstraße 28.

Ladenlokal

in der Bahnhofstr. sofort oder später zu mieten gesucht.

Ausführliche Offerten mit Preisangabe unter **F. F. 268** an die Geschäftsstelle d. Herner Anzeiger erbeten.

In Sodingen

Ecke Mont-Cenis- u. Bismarckstraße 427

kl. Ladenlokal

mit Wohnung

zum 1. April oder später zu vermieten.

Ed. Schubert.

Ein gutgehendes

Friseurgeschäft

wegen anderweitiger Unternehmungen sofort zu übernehmen

Näheres 385

Sodingen, Schulstr. 25.

Separate 389

3-Zimmer-Wohnung

in der 3. Etage eines Hinterhauses an der Bahnhofstraße per 1. April zu vermieten.

Näheres in der Geschäftsstelle des „Herner Anzeiger".

Zwei Lehrerinnen suchen sofort drei möblierte

Zimmer

mit voller Pension oder ohne in gutem Hause.

Offerten unter **K. E. 320** an die Geschäftsstelle des Herner Anzeiger.

Möbl. Zimmer

mit Pension zu vermieten.

Sanders,

396 Steinweg 1, 2. Etage.

Gebr. van Eupen

Herne.

Telefon Nr. 152.

Größtes u. leistungfähigstes

Möbel-Transport-Geschäft 3846

empfiehlt sich zu Umzügen in Herne und allen anderen Plätzen.

Zwei anständige junge Leute, Brüder oder Kollegen, erhalten

möbl. Zimmer

mit oder ohne Pension. 373

Friedrichstr. 21, part. gegenüber d. Baum'schen Fabrik.

2 elegant

möbl. Zimmer

mit 2 Betten zum 1. Februar gesucht. Preis ca. 50 Mk.

Offerten nach **Bochum, hauptpostlagernd** unter **A. B. 705.**

Schön 432

möbl. Zimmer

zum 1. Februar zu vermieten

Hohenzollernstr. 63, 2. Etage rechts.

Freundlich

möbl. Zimmer

zu vermieten. Herne, Wilhelmstraße 181l, rechts. 311

Eilt!!!

Nächste Woche Ziehung!

Posener

Geld-Lose

Hauptgewinn 50000 Mk. bar. 384

Stück Mk. 2.—

Schlesische Lose

Hauptgewinn 10000 Mk. Wert

Stück Mk. 1.—

empfiehlt und versendet

Fritz Nolting, Herne

Ecke Bahnhof- u. Heinrichtsr.

— Eingang Heinrichstr. —

und Kirchplatz.

Das Ladenlokal

Bahnhofstr. 30 ist zu vermieten.

Karl Müller, Vohwinkel, Fettwarengeschäft.

Näh. Auskunft im Büro Bahnhofstr. 32.

Herner Anzeiger - Anzeiger für das Amt Hodingen - Gerther Anzeiger

Zweites Blatt. Donnerstag, den 30. Januar 1913. Nummer 24.



Admiral v. Holtzendorff.
Chef der deutschen Hochseeflotte, der seiner Stellung enthoben wurde. (Vergl. unter „Deutsches Reich".)

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

Das Enteignungsgesetz gegen die Polen

𝔛 **Berlin**, 29. Jan. 1913. **(Privattelegr.)**

Auf dem Präsidententisch prangt ein Riesenstrauß. Altem Brauche zufolge haben die Schriftführer anläßlich der heutigen 100. Sitzung dem Präsidenten einen Blumengruß gespendet. Das Haus ist voll besetzt, die Tribünen sind überfüllt, nur auf den Bundesratsbänken links und rechts vom Präsidium herrscht gähnende Leere. Nur Dr. Lisco, der Staatssekretär des Reichsjustizamts, sitzt auf dem Platze, der sonst dem Reichskanzler gebührt. Als Vertreter des Reichskanzlers ist er gekommen, um auf die polnische Interpellation über die Ausführung des preußischen Enteignungsgesetzes Rede und Antwort zu stehen. Aber er macht sich die Arbeit sehr leicht. Er verweist einfach auf die Erklärung, die der Reichskanzler — damals war es allerdings noch nicht Herr v. Bethmann, sondern Fürst Bülow — schon im Jahre 1908 anläßlich einer ähnlichen Interpellation gegeben hat: Die Sache geht den Reichstag gar nichts an, sondern gehört vor den preußischen Landtag.

Der Abg. Seyda (Pole) zieht mit einer überaus temperamentvollen Rede scharf gegen die preußische Polenpolitik zu Felde. Er schließt mit der Ankündigung, daß die polnische Fraktion am Schlusse der Besprechung ein Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler beantragen werde. Im weiteren Verlaufe erhält das Wort der Abg. Graf Praschma vom Zentrum. Er faßte kurz und sachlich noch einmal alle die schwerwiegenden Bedenken gegen die preußische Polenpolitik zusammen, er warnte die Regierung eindringlich, auf dem betretenen Wege weiterzugehen und schloß mit der Ankündigung, daß seine Partei in der Polenfrage dem von polnischer Seite beantragten Mißtrauensvotum zustimmen werde.

Dieses war inzwischen formuliert worden. Es geht dahin, daß die Zulassung der Enteignung polnischen Grundbesitzes für die Zwecke der preußischen Ansiedlungskommission durch den Reichskanzler der Auffassung des Reichstages nicht entspricht. Sogleich folgte ein Antrag von nationalliberaler Seite, über diesen Antrag namentlich abzustimmen und ein dritter, diese Abstimmung auf morgen zu verschieben.

Inzwischen ging die Debatte weiter. Sie brachte, wie es in der Natur der Sache liegt, nichts Neues mehr. Die Konservativen beschränkten sich auf eine kurze Erklärung, während für die Nationalliberalen der Abg. Schlee eine scharfe Antipolenrede hielt. Zu bemerken wäre noch, daß der Abg. Pachnicke (Vpt.) zwar in einer langen Rede die Polenpolitik der preußischen Regierung scharf verurteilte, aber schließlich erklärte, seine Partei werde sich, da es sich hier um eine innere preußische Angelegenheit handele, bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Die Abstimmung findet morgen statt.

Eine Rede des preußischen Gesandten beim Vatikan.

* **Rom**, 27. Jan. Bei dem Prunkessen in Villa Bonaparte, dem Sitz der preußischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhle, hielt am Geburtstage des Kaisers Exzellenz v. Muehlberg eine Ansprache, in deren Eingang er an das Hinscheiden des Prinzregenten von Bayern erinnerte. Dann fuhr er, nach der „Köln. Volksztg.", fort:

„Im Hinblick auf die politischen äußeren Begebenheiten waren es zwar zunächst Interessen, die unser Vaterland nicht unmittelbar berührten, aber es waren brennende Fragen, denen unsere Regierung nicht gleichgültig gegenüberstehen konnte, wenn wir uns auch hier wenigstens nur diplomatisch beteiligten. Wir mußten aber unseren diplomatischen Einfluß um so mehr geltend machen, als unser Bundesgenosse, mit dem wir schon seit so langen Jahren in Treue vereint sind, sich durch dieselben in seiner Sicherheit und natürlichen Entwicklung bedroht sah. Wir haben in diesem Falle versucht, das, was vielleicht Europa drohte, so viel wie möglich abzuwenden, aber wir können nicht wissen, namentlich wenn wir die neuesten Nachrichten beachten, wo dies hinausläuft. Ich möchte nun auf die Stellung hinweisen, die meine Regierung heutigen Tages gegenüber der Frage von Krieg und Frieden einnimmt. Es ist eine bedeutend andere als früher. Die Zeit ist vorüber, wo ein einziger Mann die Lose von Krieg und Frieden in den Falten seiner Toga verborgen hielt. Die Gefahr ist heutzutage nicht mehr beim Kaiser und einzelnen Personen, sondern auf Seiten der Massen, bei denen Rassenhaß und Feindschaft oft der Regierung die Waffen in die Hand drückt.

Ganz verschieden von der Stellung, die der Kaiser im Reiche einnimmt, ist das Reich, das dem Papst untersteht. Wie der Kaiser, so ist auch Papst Pius X. vom Geiste der Liebe und Eintracht erfüllt; zahlreiche Gespräche, die ich mit dem Oberhaupte der Kirche zu führen die Ehre hatten, boten mir die Garantie, daß auch Pius X. seiner innersten Gesinnung nach von friedfertiger, versöhnlicher und konzilianter Natur ist. Es ist fast tragisch zu nennen, daß Pius X. von vielen Seiten die Tendenzen einer friedestörenden und kampflustigen Natur zum Vorwurf gemacht werden. Diejenigen, welche solche Ansicht verbreiten, berufen sich auf die kirchenpolitischen Zustände in Frankreich, Portugal, Rußland, Spanien und auch in Deutschland, und wir können nicht leugnen, daß in den letzten zehn Jahren sich dort die Gegensätze zwischen den beiden Konfessionen schärfer akzentuiert haben. Daß aber diese für jeden Vaterlandsfreund betrübende Entwicklung von Papst und Kurie durchaus nicht gewünscht wird, ist mir noch in den letzten Tagen von kompetenter Seite in durchaus einwandfreier Weise bestätigt worden. Wenn es kein Hirngespinst ist, daß der Nebel und die Wolken, die sich zwischen den beiden Schwesterkirchen in unserem Vaterlande erhoben haben, allmählich verschwinden werden, dann dürfen auch wir, meine Herren, unentwegt unsere ganze Kraft einsetzen für die Verwirklichung des hohen Zieles, das wir mit unserer Vaterlandsliebe und mit unserem christlichen Bekenntnisse anstreben. Erfüllt sich dieser Wunsch, dann dürfen wir gewiß nicht mit Unrecht darin das Ergebnis und den schönsten Lohn der gemeinsamen Arbeit des Kaisers und Papstes erblicken".

Soziales.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Berlin, 29. Jan. 1913.

Die Tarifberatungen im Malergewerbe sind vom 25. bis 27. Januar in einer Kommission so weit gefördert worden, daß nur wenige Punkte prinzipieller Art strittig blieben. Zu diesen wurden die Unparteiischen um unverbindliche Vorschläge ersucht, zu denen die Parteien am 28. Januar Stellung nahmen. Nach längeren Debatten wurden die Unparteiischen von den Arbeitgebern um Schiedssprüche ersucht zu der Frage der Entschädigung bei auswärtigen Arbeiten, Verfall von Lohnansprüchen nach zehntägiger Frist und zur Frage der finanziellen Haftung bei Tarifverletzungen. Die Arbeitnehmer ersuchen gemeinsam um einen Schiedsspruch zur Frage der freien Lohnvereinbarung im ersten Gesellenjahre. Der „Verband der Maler" wünscht einen solchen zu der Arbeitsnachweisfrage. Am Nachmittag gaben die Unparteiischen ihren Schiedsspruch dahin ab, daß die von den beiderseitigen Organisationen gemachten Abänderungsvorschläge zur Berücksichtigung nicht geeignet erscheinen, weil sie teils genügend geklärt, teils ihrer Durchführung rechtliche und tatsächliche Bedenken entgegenstehen, teils einen nicht genügend gerechtfertigten Eingriff in das bisherige, im allgemeinen bewährte Vertragsverhältnis bedeuten.

Die Beratungen über das Tarifschema haben damit ihr Ende gefunden. Es bleibt im wesentlichen bei den alten Bestimmungen, nur die zu allerhand Streitigkeiten Veranlassung gebenden Bestimmungen des alten Vertrages sind klarer gefaßt worden. Die Befugnisse der Ortstarifämter erfuhren eine wesentliche Erweiterung. Bezüglich der Arbeitsnachweise wurden die Voraussetzungen zu ihrer Erledigung klarer gefaßt und dem Bedenken der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisation durch die Beseitigung des Obligatoriums Rechnung getragen.

Im Anschluß daran wurden sofort die Verhandlungen über Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen aufgenommen. Letztere wurde von den Arbeitgebern rundweg abgelehnt. Auf die Lohnforderungen der Gehilfenschaft gaben die Vertreter der Arbeitgeber folgende Angebote ab: Gau Norddeutschland würde mit sich haben reden lassen, wenn nicht solch hohe Forderungen gestellt worden wären; so aber könne nichts bewilligt werden. Gau Rheinland-Westfalen stellt unter dem Vorbehalt, daß keine Arbeitszeitverkürzung erfolgt, für Herbst 1913 einen Pfennig, für Frühjahr 1914 einen weiteren Pfennig in Aussicht. In Süddeutschland hat die Meisterschaft einzelner Orte dasselbe Angebot gemacht, in anderen Orten will man nichts bewilligen, in einem Lohrgebiet den Lohn sogar herabsetzen. In Mitteldeutschland, Sachsen und Schlesien will man nichts zulegen, ebensowenig in Brandenburg, nur einen Pfennig im Herbst 1913 und zwei Pfennig im Frühjahr 1914 soll hier und zwei Pfennig im Frühjahr 1914 in Berlin empfohlen werden. In Ostdeutschland kann laut Erklärung des betreffenden Arbeitgebers nur ein Pfennig Lohnerhöhung in Aussicht gestellt werden, weil dort das Malergewerbe durch die Sprachenfrage, Ostmarkenpolitik besonders schwer belastet sei.

Vom Hauptvorsitzenden der Arbeitgeber wurde noch betont, daß man sich besonders nachdrücklich gegen eine allgemeine, sämtlichen Gehilfen zugute kommende Lohnerhöhung wende. Die Verhandlungen wurden sodann bis zum 29. Januar vertagt.

Abbruch der Verhandlungen.

Berlin, 29. Jan. Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe wurden heute abgebrochen, da eine Einigung über die Fragen der Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit nicht erzielt werden konnte. Gautarifämter sollen nunmehr bezirksweise eine Einigung versuchen. Wo diese bis zum 22. Februar d. J. nicht erreicht wird, soll die Zentrale entscheiden. Der alte Tarifvertrag wird bis zum 28. Februar verlängert.

= **Köln** 29. Jan. Der Gesamtvorstand der hiesigen Handwerkskammer hat in seiner letzten Sitzung die Errichtung einer besonderen Abteilung beschlossen. Sie soll folgende Einrichtungen erhalten: 1. eine Auskunftstelle betr. das Unwesen im Baugewerbe, insbesondere mit dem Ziele, durch eine regelmäßige Kontrolle der Baubücher die Handwerker vor Verlusten zu schützen. 2. Das bereits in früherer Sitzung beschlossene Einziehungsamt. Zweck des Einziehungsamts ist vornehmlich, den Handwerkern ein Mittel an die Hand zu geben, um ihre Ausstände, und zwar namentlich auch zweifelhafte, bei Vermeidung unnützer Kosten und Zeitverluste auf einfache Weise einzuziehen, sie vor Verlusten durch zahlungsunfähige Kreditnehmer zu schützen und endlich Ermittelungen nach dem Verbleib entwichener Schuldner anzustellen. 3 Ein Treuhänderinstitut, das unverschuldet in Schwierigkeiten geratenen Handwerkern mit Rat und Hilfe an Hand gehen soll.

𝔛 **Der neueste Agitationstrick der Genossen im Saarrevier.** Nachdem die Genossen mit ihren früheren Versammlungen, die sie im ganzen Saarrevier durch Handzettel bekannt gaben, schwer Fiasko gemacht haben, versuchten sie am vergangenen Sonntag, in aller Stille Versammlungen vorzubereiten und abzuhalten. Der „bekannte" H. Löffler, der im vergangenen Jahr von seinen eigenen Leuten im Dortmunder Bezirk heruntergeschrien wurde, referierte, nachdem er am 19. Januar keine Versammlung zustande bekommen hatte, am 26. Januar in Ritterstraße und Püttlingen. In beiden Versammlungen waren als Hilfe dieselben Genossen, die für den nötigen Beifall sorgten, aber auch dahin einexerziert waren, die Diskussionsredner vom Gewerkverein herunterzubrüllen, erschienen. Letzteres war ganz besonders in Püttlingen der Fall. Trotzdem nun die Versammlungen in aller Stille vorbereitet waren, doch jedenfalls mit der Absicht, die Christlichen vom Besuch fern zu halten, brachte Löffler es fertig zu sagen: „Es sei doch eigentümlich, daß kein christlicher Sekretär in seine Versammlungen käme." Glaubt Löffler vielleicht, die hätten nichts anderes zu tun, als den roten Volksbeglückern nachzureisen? Das lohnt sich doch nicht. Schon deshalb nicht, weil die Genossen fast überall dieselben Zuhörer haben. Böse Zungen behaupten sogar, daß man in den letzten Genossenschaftsversammlungen im Saarrevier mit Ausnahme weniger Neugierigen immer dieselben Gesichter gesehen habe. Die Püttlinger Genossen z. B. sind meilenweit gezogen um die roten Versammlungen zu füllen. Ebenso eine Anzahl roter Schuster, Schneider usw. Alles hat aber nichts genützt. Der Erfolg war gleich Null. In Püttlingen, wo die Genossen im Dezember und Anfangs Januar 400 Mitglieder aufgenommen haben wollen, hatten sich einschließlich der mitgebrachten Unterstützungskolonne aufgerechnet 200 Mann versammelt. Ein christlicher Gewerkschaftler, der von der „freien Diskussion" Gebrauch machen wollte, wurde wie in den Genossenversammlungen überall auch hier niedergeschrien. Löffler, der vorher die Backen so voll genommen hatte, weil kein Gewerkvereinsangestellter da war, ließ jetzt zu, daß ein Gewerkvereinsmitglied niedergebrüllt wurde, um nicht Rede und Antwort stehen zu müssen, da er des Morgens in Ritterstraße von einem Gewerkvereinsmitglied nicht zu knapp mitgenommen war. Echt sozialdemokratisch, sich auf diese Art und Weise der Gegner zu erwehren!

Provinzielles.

= **Wattenscheid**, 29. Jan. Ein scheugewordenes Pferd, welches soeben beschlagen worden war, überrannte gestern nachmittag in der Schulstraße ein 17jähriges Mädchen und verletzte es durch Hufschläge erheblich an den Oberschenkeln. Die Verletzte, welche aus Eiberg zur Stellungsuche nach hier gekommen war, wurde ins katholische Krankenhaus gebracht. — Der Rangierer Heinrich Schulte von hier geriet auf einer hiesigen Zeche beim Rangieren mit dem rechten Arm zwischen zwei aufeinanderstoßende Puffer. Dem Bedauernswerten wurde der Arm zerquetscht. Der Schwerverletzte fand Aufnahme im katholischen Krankenhause.

= **Eickel**, 29. Jan. Gestern abend gegen 9 Uhr stieß Ecke Göben- und Viktoriastraße ein in rasender Eile daherfausendes Automobil mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Glücklicherweise wurde niemand verletzt.

ℨ **Eickel**, 29. Jan. Zwei Oesterreicher skandalierten gestern abend auf der Bremerstraße und zertrümmerten dabei an einer Haustür eine größere Scheibe. Die Polizei nahm beide in Haft. — Zwei ausländische Erdarbeiter, die eine Kiste mit Handwerkszeug erbrochen hatten, wurden ermittelt und der Behörde zugeführt.

ℨ **Eickel**, 29. Jan. Gestern nachmittag erschienen in der Wohnung einer Witwe in Holsterhausen (Eickel 2), Rottbruchstraße, zwei gut gekleidete junge Männer. Da die Witwe selbst nicht anwesend war, schlossen sie selbst mit einem Nachschlüssel die Tür auf und nahmen eine Durchsuchung der Räume vor. Als dann die Wohnungsinhaberin zurückkehrte, erklärten die jungen Leute, sie seien Kriminalbeamte und hätten den Auftrag, die Räume nach gestohlenen Sachen zu durchsuchen. Während nun der eine Mann sich mit der Frau unterhielt, durchsuchte der andere Kommode und Schrank und nahm alle Wertsachen an sich. Dann entfernten sich beide. Erst jetzt merkte die Witwe, daß sie es mit Gaunern zu tun hatte.

△ **Horst-Emscher**, 29. Jan. In die Mordaffäre vom zweiten Weihnachtstage, bei der zwei Bergleute ihr Leben lassen mußten, während zwei weitere schwer verletzt wurden, scheint jetzt endlich Licht zu kommen. Der verhaftete K. hat seine Mitäter anscheinend verraten, denn gestern wurden in Essen drei weitere Personen festgenommen. Die Sache ist so ans Licht gekommen, daß die Eltern des K., die von der Beteiligung ihres Sohnes Kenntnis hatten, seinem beim Militär dienenden Bruder Mitteilung davon machten, worauf letzterer in einem Briefe seinem Bruder heftige Vorwürfe wegen der brutalen Tat machte. Dieser Brief ist bei der Festnahme des K. in die Hände der Polizei gefallen.

= **Steele**, 29. Jan. Durch eine Ueberschwemmung unangenehm überrascht wurden mehrere Anwohner der Ruhrau. In der vergangenen Nacht platzte ein Hauptwasserrohr des Gelsenkirchener Wasserwerks und setzte in kurzer Zeit nicht nur das Gelände, sondern auch die anliegenden Wohnungen und Stallungen unter Wasser. Dabei sind in einem Stalle zwei Schweine umgekommen, auch ist der sonst durch das plötzliche Hereinbrechen der Wassermassen angerichtete Schaden nicht gering. Die Aufräumungsarbeiten wurden sogleich in Angriff genommen und nach Kräften gefördert.

= **Düsseldorf**, 29. Jan. Der Arbeiter Kraux versuchte seine Schwester und darauf sich selbst zu erschießen. Die auf das Mädchen abgefeuerten Kugeln verfehlten ihr Ziel. Kraux, der sich in den Mund geschossen hatte, soll nicht schwer verletzt sein. Der Täter war seit einiger Zeit arbeitslos. Die Geschwister hatten aus diesem Grunde beschlossen, gemeinsam in den Tod zu gehen. — Eine neuartige Kaisersgeburtstagsfeier veranstalteten zwei hiesige Volksschulen. Sie hatten von der üblichen Feier in der Aula abgesehen und jeweils 600 Kinder in ein Lichtspieltheater geführt. Hier wurde der Film „Königin Luise" vorgeführt, ferner ein Film „Aus dem Leben Wilhelms II.". Die Vorführung, die auf die Kinder den denkbar besten Eindruck machte, zeigte sehr deutlich, wie das Kino für den Zweck der Jugendpflege erfolgreich benutzt werden kann.

= **Moers**, 29. Jan. Ein nicht uninteressantes Beispiel dafür, wie das Eindringen der Bergindustrie in das linksniederrheinische Gebiet in der Zusammensetzung des Gemeinderates besonders stark an der Industrie beteiligter Gemeinden sich äußert, kann man in der Gemeinde Repelen-Baerl beobachten. Der Gemeinderat hat dort jetzt nicht nur eine andere Zusammensetzung erfahren, sondern auch die Mitgliederzahl selbst hat sich verringert. Während der Gemeinderat früher fast so viele geborene Mitglieder als gewählte hatte, ist dieses Verhältnis zugunsten der letzteren jetzt anders geworden, da mehrere Mitglieder der ersteren Gruppe ihre Höfe der Industrie verkauften und deshalb Sitz und Stimme im Gemeinderat verloren. Die Zahl der wählbaren Mitglieder blieb dieselbe. Ohne Frage wird sich das Verhältnis in Zukunft zugunsten der gewählten Mitglieder noch wesentlich stärker — auch in anderen linksniederrheinischen Gemeinden — verschieben.

= **Solingen**, 29. Jan. Für die Zurückhaltung auf dem Geldmarkte gegenüber der langfristigen Festlegung von Kapitalien ist ein bemerkenswertes Beispiel von hier zu berichten. Bei der Beschlußfassung über die Aufbringung von 2,1 Millionen Mk. zum Bau eines gemeinsamen Krankenhauses regte ein Stadtverordneter an, den Bürgern der beteiligten Gemeinden Solingen, Wald, Höhscheid und Gräfrath Gelegenheit zu geben, sich an der Kapitalbeschaffung durch Zeichnung von Anteilscheinen zu beteiligen. Der Anregung kam die Stadtverwaltung entgegen. Bis heute, d. h. innerhalb drei Wochen, ist aber keine einzige Zeichnung erfolgt, obwohl die Anteilscheine mit 4½ Prozent verzinst und Zeichnungen von 500 Mk. an angenommen werden sollten. Demgegenüber nimmt der Einlagebestand der städtischen Sparkasse, obwohl diese nur 3½ Prozent Zinsen gewährt, von Monat zu Monat zu.

= **Ohligs**, 29. Jan. Den allgemeinen Bestrebungen um Förderung der Schweinezucht und Schweinehaltung zur Verminderung der Fleischteuerung möchte auch die landwirtschaftliche Lehrabteilung des Kreises Solingen dadurch Rechnung tragen, daß sie gewerblichen Arbeitern bei Beschaffung gesunder und widerstandsfähiger junger Schweine und bei Anlegung eines geeigneten Stalles Beihilfe gewährt. Wenn sich Schweinehaltung auch in einem so dicht bevölkerten Kreise wie im hiesigen nicht überall mehr erreichen läßt, so wird diese Maßregel doch wohl den gewünschten Erfolg haben.

Kirchliche Nachrichten.

= **Paderborn**, 29. Jan. Weihbischof Hähling v. Lanzenauer wurde von der k. k. Universität in Innsbruck, an der er längere Zeit dem Studium oblag, zum Dr. theol. honoris causa ernannt.

Gerichtliches.

= **Dortmund**, 29. Jan. In einem Prüfungstermin auf nachträglich angemeldete Forderungen im Konkurse der Lüner Bank vor dem hiesigen Amtsgericht handelte es sich um einen Betrag von 5400 Mark, an der die Stadtkasse Lünen mit 1000 Mark beteiligt ist. Der Konkursverwalter bestritt die Rechtmäßigkeit der Forderung unter Bezugnahme auf § 63 des Einkommensteuergesetzes, während der Vertreter der Stadtkasse Lünen die Anwendbarkeit dieses Paragraphen auf den vorliegenden Fall bestritt. Die Stadtkasse wird den Klageweg beschreiten. — Der frühere Obermeister der Bäckerinnung in Hamm, Bäcker Richard, hatte sich heute wegen Anklage der Unterschlagung vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Er hatte von mehreren Lieferanten Hefe bezogen, die er an die einzelnen Innungsmitglieder gegen sofortige Bezahlung weitergab. Den Lieferanten gegenüber blieb er mit seinen Abrechnungen im Rückstande, so daß er schließlich diesen 7000 Mark schuldete. Das Gericht kam indessen nicht zu einer Verurteilung, weil nicht festgestellt werden konnte, ob der Angeklagte oder die Innung als vertragschließend anzusehen seien.

= **Braunschweig**, 29. Jan. Um die Seilfabrik seines Vaters hochzubringen, schrieb der Handlungsgehilfe Max Balke in Wolfenbüttel Schmiergelderbriefe an die Prokuristen von Kohlenwerken. Unter Zusicherung strengster Verschwiegenheit bot er den Prokuristen an, als Vertreter oder stille Teilhaber der Seilerwarenfabrik seines Vaters tätig zu sein dadurch, daß sie der Fabrik gegen 20 Prozent Provision insgeheim Aufträge der Kohlenwerke verschafften. Auf Strafantrag des als Nebenkläger zugelassenen Vereins gegen das Bestechungsunwesen zu Berlin verurteilte die Strafkammer Braunschweig den Angeklagten zu einer Woche Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe.

= **Leipzig**, 29. Jan. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute der Prozeß gegen den bekannten Flieger Eugen Wienczierz wegen Meineids, Konkursvergehens und Betruges sowie gegen die Privatiere Josefine Hensel aus Berlin wegen Beihilfe und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung.

Sport.

Fußballspiele. — **Ligaspiele.** Bei herrlichem Wetter nahmen alle am Sonntag ausgetragenen Ligaspiele in Anwesenheit zahlreicher Zuschauer einen einwandfreien, spannenden Verlauf. Essener Turnerbund schraubte sich in der Ligatabelle um zwei Punkten höher, indem er nach überlegenem Spiel den Sportklub Preußen-Duisburg mit 7:1 abfertigte. Turnerbund hatte seinen guten Tag und führte gegen die schnellen und technisch gut durchgebildeten Preußen ein Spiel vor, wie es im Westdeutschen Spielverband nur selten zu sehen ist. Daß Alemannia-Aachen gegen den Kölner Ballspiel-Klub mit 4:1 gewann, überraschte nicht wenig. Auch das Resultat Bonner Fußball-Verein gegen Düsseldorfer Sp.-Klub 6:1 kam ziemlich unerwartet. Von Düsseldorf hatte man einen zähen Widerstand erwartet. Recht wacker hielt sich dagegen der Kölner Fußball-Klub 99 gegen Spielverein Duisburg. Der Sieg mit 4:1 für Duisburg bedeutet für Köln einen anerkennenswerten Erfolg. Das mit Spannung besonders von den Sportfreunden aus M.-Gladbach erwartete Spiel Fußball-Klub M.-Gladbach mit dem internationalen Torwärter Löhmer gegen Borussia-M.-Gladbach verlief für den letzten Verein ganz entgegen jeder Voraussage mit 2:1 erfolgreich. — In der Ia. Klasse des westfälischen Bezirks sicherte sich Spiel und Sport Schalke einen überlegenen Sieg über Ballspiel-Verein Dortmund, der in der Tabelle bisher an erster Stelle stand, mit 10:1. Schalkes Aussichten auf die Meisterschaft sind damit gestiegen. Turner-Klub Gelsenkirchen hatte seine besten Spieler in Dortmund nicht zur Stelle und verlor deshalb auch gegen den Dortmunder Fußball-Klub, den er im ersten Spiel mit 4:1 schlug, mit 2:0.

Von der Luftfahrt.

= **Münster**, 29. Jan. Der Ballon „Münsterland", dessen Führer, Herr Eimermacher, am Montagabend über Schönewerde ein Telegramm ausgeworfen hatte, daß er die zweite Nacht durchfahren wollte, mußte kurz darauf wegen starker Wolkenbildung und dadurch hervorgerufener schlechter Orientierung zur Landung schreiten. Diese erfolgte sehr glatt gegen 8 Uhr bei Grauwinkel bei Schonewalde, Reg. Halle. Der Ballon, der nach Süden abgefahren war, drehte in der Nacht über Unna scharf nach Norden um und war morgens 7 Uhr über Lengerich, fuhr dann bis Oldenburg, kehrte zurück bis Damme und machte dann noch einen großen Bogen über Celle, Burg bei Magdeburg, Jüterbogk, Zossen bis zur Landung. Die Fahrtdauer betrug 26 Stunden, zurückgelegt wurden zirka 570 Kilometer. Die Landungsstelle liegt in der Luftlinie 420 Kilometer von Münster entfernt.

„... Kathreiners Malzkaffee ist vorzüglich und darf in meinem Haushalt niemals fehlen."

Über 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

Aus dem Stadtkreise Herne.

Herne, den 30. Januar 1913.

Die Ergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung 1912.

○ Nachdem soeben die Ergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung für das Jahr 1912 bekannt geworden sind, dürfte es nicht ohne Interesse sein, die Stellung der beiden Schwesterprovinzen Rheinland und Westfalen im Lichte dieser Ergebnisse zu betrachten. Zunächst ergibt sich hier, daß die „veranlagte Bevölkerung" (darunter versteht man in der Steuerstatistik die physischen Zensiten mit ihren Angehörigen) in der Rheinprovinz von 62,67 vom Hundert der Gesamtbevölkerung auf 63,94 und in der Provinz Westfalen von 65,01 auf 67,24 gewachsen ist. Keine andere preußische Provinz weist ähnlich hohe Verhältnisziffern auf. Die Rheinprovinz bringt dem Staate (ausschließlich Zuschlägen) 60 847 570 Mk. oder mehr wie ein Fünftel, die Provinz Westfalen 24 564 199 Mk. gleich 8,36 Prozent der in Preußen in 1912 überhaupt auf physische Zensiten veranlagten Staatseinkommensteuern auf. Weiter noch das Erträgnis aus der Besteuerung nicht physischer Personen! Dieses betrug für die Rheinprovinz 9 665 139 Mk. und für Westfalen 3 140 010 Mk., zusammen mehr wie ein Drittel des Aufkommens aus der Besteuerung aller nicht physischen Zensiten in Preußen. Dazu kommen noch die bekannten Staatssteuerzuschläge. Für die Stadt Herne ergibt sich nach der Statistik folgendes: Das gesamte Staatssteuersoll (ohne Zuschläge) der physischen Zensiten beträgt nach den Ergebnissen erster Instanz 1912 335 531 Mk. (1911 297 552 Mk.)

Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahre beträgt also 12,84 Prozent.

Die Gesamtzahl der veranlagten physischen Zensiten betrug 1912 14 826.

Dahingegen 1911 13 703.

Zunahme also 8,16 Prozent.

Die im Jahre 1912 veranlagten 10 nicht physischen Zensiten wurden zu einer Staatssteuersumme von 138 902 Mark veranlagt. (Ausschließlich Zuschläge.)

Es wurden in die Stadt Herne im Jahre 1912 zu einem Einkommen veranlagt:

von	900—	3 000	Mk.	14 087	Personen
„	3000—	6 500	„	572	„
„	6 500—	9 500	„	83	„
„	9 500—	30 500	„	75	„
„	30 500—	40 000	„	5	„
„	40 000—	50 000	„	1	„
„	50 000—	60 000	„	—	„
„	60 000—	70 000	„	2	„
„	70 000—	80 000	„	1	„
„	80 000—	90 000	„	—	„
„	90 000—100 000		„	—	„
„	mehr wie 100 000		„	2	„

Die nicht physischen Personen sind hierin nicht einbegriffen.

Auf Grund des Kinderprivilegs wurden in unserer Stadt vollständig von der Staatssteuer befreit 1912 498 Personen (1911 699). Die Ziffer der auf Grund des Kinderprivilegs vollkommen Freigestellten ist also, wie auch in den meisten anderen rheinisch-westfälischen Städten — in unserer Stadt zurückgegangen. Es ist das ein untrügliches Zeichen dafür, daß das Einkommen in den kleineren Einkommensstufen sich gehoben hat, so daß vollkommene Freistellungen in dem früheren Umfange nicht mehr erfolgen können.

Von erheblicher Bedeutung dürfte noch die Frage sein, wie groß der Anteil der physischen Personen die ein Einkommen von 900—3000 Mk. hatten, an der Gesamtzahl der veranlagten physischen Zensiten im Jahre 1912 gewesen ist und in welchem Maße die physischen Zensiten mit einem Einkommen von 900—3000 Mk. durch ihre veranlagten Staatssteuern zum Soll der veranlagten Steuern aller physischen Zensiten beigetragen haben.

Für die größeren rheinisch-westfälischen Städte ergibt sich hier folgendes Bild:

	Von den veranlagten physischen Zensiten hatten ein Einkommen von 900—3000 Mk. in Prozent 1912.	Der zu einem Einkommen bis zu 3000 Mk. veranlagten physischen Zensiten brachten in Prozent der auf alle physischen Zensiten entfallenden Staatssteuersumme a. 1912
Cöln	85,11	23,36
Düsseldorf	87,55	26,83
Essen (Ruhr)	91,67	36 66
Duisburg	92,60	47,04
Dortmund	90,91	40,67
Elberfeld	87,86	26,71
Gelsenkirchen	94,99	60 69
Barmen	90,32	31,65
Aachen	82,68	19,46
Bochum	92 55	51,16
Crefeld	87,68	27,69
Mülheim (Ruhr)	92,54	40,76
Saarbrücken	87 76	35,85
Hamborn	95 83	73,07
Münster	81,20	25,12
Oberhausen	95 27	67,98
Hagen	91,72	42,57
Bonn	79,13	14,08
Bielefeld	88,25	28,65
Remscheid	91,84	35,07
M.-Gladbach	86 22	25,12
Buer	96,72	79,18
Herne	95,00	63,40
Coblenz	76 68	18 90
Recklinghausen	93,16	53 85
Mülheim (Rhein)	91 84	35,17
Solingen	90,70	39 18
Trier	78,25	22,94

Diese Aufstellung zeigt besser, als Worte es vermöchten, welche Bedeutung eine möglichst große Schicht von Personen mit höhern Einkommen für unsere einzelnen Städte hat.

* * *

Vom neuen Amtsgerichtsgebäude Herne.

⚔ Bekanntlich erstrebt die Stadt Herne eine architektonisch übereinstimmende bezw. sich aneinander anlehnende Ausgestaltung der auf dem früher Bergelmann'schen Grundstück zu errichtenden Neubauten. Insbesondere soll der Marktplatz dadurch ein charakteristisches Gepräge in städtebaulicher Hinsicht erhalten. Um sich nun einen Einfluß auf die Ausgestaltung der Front des neuen Amtsgerichtsgebäudes zu sichern, das bekanntlich dem Rathaus gegenüber errichtet werden soll, hat die Stadt Herne sich bereit erklärt, für die Herstellung der Entwürfe der Fassade einen Beitrag von 1000 Mk. zu leisten, unter der Bedingung daß Herr Prof. Kreis-Düsseldorf, der ja auch an der Ausgestaltung unseres neuen Rathauses hervorragenden Anteil hat, bei der Ausarbeitung der Pläne zugezogen wird.

Unterrichtskursus in der Bonifatiuspfarre.

○ Heute abend 8½ Uhr im Gesellenhause Vortrag Thema: **„Jesuitengesetz und Jesuitenorden."** Alle kath. Männer und Jünglinge sind zur Teilnahme willkommen.

Von der Eisenbahn.

* Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat angeordnet, daß von jetzt ab alle Eisenbahn personenwagen und auch die Personenzügen beigegebenen Gepäckwagen sämtlich grüne Farbe erhalten sollen. Die neuen Wagen werden sofort, die im Betrieb befindlichen bei der Renovierung diesen grünen Anstrich erhalten. Die einzelnen Klassen werden dann nur noch durch die arabischen Ziffern unterschieden sein. Die Güterzugwagen behalten die rote Farbe.

× **Holländisches Fleisch**

wird voraussichtlich von heute nachmittag ab wieder zum Verkauf gelangen. Preise und Lieferanten sind in der entsprechenden Bekanntmachung in der vorliegenden Nummer des Anzeigers bekannt gegeben.

Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft.

* Der Betriebsüberschuß des 4. Vierteljahres 1912 betrug bei 75 Arbeitstagen 5 277 600 M. einschließlich der Gewerkschaften Siebenplaneten und Victoria-Lünen. Verglichen mit den Ueberschüssen der Vorjahre ergibt sich folgendes Bild:

	1909/10	1910/11	1911/12	1912/13
1. Vierteljahr	3 832 000	4 036 000	3 752 000	6 373 000
2. Vierteljahr	3 689 000	4 490 000	4 351 000	5 277 000
3. Vierteljahr	3 400 000	4 306 000	3 966 000	
4. Vierteljahr	3 799 000	3 603 000	6 262 500	
Zusammen:	14 700 000	16 435 000	18 331 000	

Wintersport.

* Aus Winterberg wird folgender Wetterbericht gemeldet: Schneehöhe zirka 20—30 Zentemeter, Witterung klar, Temperatur minus 5 Grad Celsius, Skibahn gut, etwas verharrscht, zu weiten Touren noch geeignet, Rodel-, Bobsleig- und Eisbahn ausgezeichnet. Letzter Schneefall am 26. Januar.

Rückgang der Referendare in Preußen

× Die Zahl der preußischen Referendare ist im vergangenen Jahre von 7612 auf 7413 also um 199 zurückgegangen, nachdem bereits im Jahre 1911 zum ersten Male seit langer Zeit wenn auch nur um 89, stattgefunden hatte. Von 1904 an war eine stetige Steigerung zu verzeichnen gewesen, die mit 7701 preußischen Referendaren im Jahre 1910 ihren Höhepunkt erreicht hat. Man darf daher wohl hoffen, daß der verhältnismäßig starke Andrang zum juristischen Studium allmählich wieder in ruhige Bahnen gelenkt wird. Das Kammergericht beschäftigte 1912 1332 Referendare, von den übrigen Oberlandesgerichtsbezirken entfielen auf Köln 914, Hamm 826, Breslau 814, Naumburg 598, Celle 532, Düsseldorf 469, Frankfurt a. M. 391, Königsberg 338, Stettin 283, Kassel 226, Kiel 243, Posen 224 und Marienwerder 187 Referendare. Die Abnahme des vergangenen Jahres war absolut am stärksten in Hamm (63) Breslau (42) und Frankfurt a. M. (26); jedoch auch hier verhältnismäßig noch gering genug. In Celle hat ein Rückgang von nur 9 Referendare stattgefunden, während für Stettin sogar noch eine Zunahme um 16, für Köln eine solche um 2 und für Kiel um 1 zu verzeichnen ist. Gegenwärtig besteht noch eine Ueberfüllung um mehr denn 50 Prozent.

Städtisches Lyzeum Herne.

+ Anmeldungen für das Lyzeum werden von heute bis zum 1. März wochentags im Amtszimmer des Direktors von 12—1 Uhr entgegengenommen. Die Prüfung der für Klasse VII angemeldeten Schülerinnen findet Montag und Dienstag, den 17. und 18. März, vormittags 10 Uhr, die der übrigen Dienstag, den 8. April, vormittags 9 Uhr, statt. (Vergl. auch die entsprechende Bekanntmachung im Inseratenteil der vorliegenden Nummer des Anzeigers.)

Ordensauszeichnung.

⚔ Beim diesjährigen Krönungs- und Ordensfeste sind auch zwei Herner Bürger, und zwar die Herren Rentner Heinrich Funke und Kgl. Rangiermeister a. D. Karl Kuhnhen, zwei alte Kriegsveteranen, mit dem Allgemeinen Ehrenzeichen dekoriert worden. Beide haben die Feldzüge von 1866, 1870/71 mitgemacht und in denselben an mehreren Schlachten und Gefechten teilgenommen. Wir gratulieren den Dekorierten herzlichst und wünschen ihnen, daß sie die wohlverdiente Auszeichnung, die ihnen von unserem Herrn Oberbürgermeister Dr. Büren persönlich überreicht wurde, noch lange Jahre in Gesundheit tragen mögen.

Sport.

* Der Große Preis von Horst erzielte das ausgezeichnete Ergebnis von 62 Nennungen, eine Ziffer, die für ein Inländerrennen nicht nur an sich schon ganz vorzüglich ist, sondern auch die des Vorjahres um rund zehn Unterschriften übertrifft. In die Nennungen teilen sich nicht weniger als 53 verschiedene Besitzer, was als besonders günstiges Moment für die spätere Entscheidung des Rennens hervorzuheben ist. Dieses glänzende Resultat ist ein neuer Beweis für die großen und berechtigten Sympathien, deren sich der Essen-Horster Rennverein bei Rennstallbesitzern und Trainern erfreut und ferner ein deutliches Zeichen, daß die Propositionen des Rennens Anklang gefunden hat.

Diebstahl.

△ In einem Hause in der Schamrockstraße wurden einem Manne von einem Logiskollegen 105 Mark gestohlen. Der Täter ist geflüchtet.

Theater in Herne.

⊕ Außergewöhnliches Gastspiel des Interimstheater Bochum. Das nächste Gastspiel der Bochumer findet am Sonntag, den 2. Februar cr., statt. Die Vorstellung findet als 2. bunter Kammerspiel-Abend im Hotel Schmitz statt. Der Kammerspiel-Abend vom vergangenen Sonntag bedeutete einen vollen starken Erfolg. Der Saal war vollständig ausverkauft und das Publikum gab durch einmütigen, starken herzlichen Beifall seiner außerordentlichen Freude Ausdruck. Es war ein Sieg auf allen Linien. Wir sind überzeugt, daß auch dieser 2. Kammerspiel-Abend am Sonntag, den 2. Februar, großen Beifall erringen wird. Die Vorbereitungen für diesen Abend waren bereits in der sorgfältigsten Weise getroffen. Zur Aufführung gelangt ein Singspiel, ernste und humoristische Vorträge, Lieder, Couplets und außerdem noch eine Menge karnevalistischer Ueberraschungen, mehr dürfen wir für heute nicht verraten.

p **Die Bochumer Strafkammer**

verurteilte den holländischen Arbeiter Johannes Haverkotte von Herne wegen gefährlicher Körperverletzung zu 7 Monaten Gefängnis. Am Abend des 27. Dezember versetzte er in einer hiesigen Wirtschaft einem Landsmann einen schweren Messerstich in den Rücken. Als die Polizei ihn abführte, leistete er erheblichen Widerstand.

Polizeibericht.

off. In Schutzhaft genommen wurden 3 Trunkenbolde.

* * *

Die Entlarvung einer sozialdemokratischen Schauermär.

Ohne Angabe von Ort und Datum geht zurzeit durch die ganze sozialdemokratische Presse eine angebliche „Erklärung" des Mitgliedes Anton Weber vom christlichen Metallarbeiterverband. Weber soll den Sozialdemokraten erklärt und durch seine Unterschrift bestätigt haben, „daß er vom christlichen Metallarbeiterverband, Verwaltung Menden, mit noch 14 andern Metallarbeitern nach Stuttgart gesandt (!) wurde, um dort bei der Firma „Sanitaria in Arbeit zu treten." Die „Erklärung ist auf dem Büro des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Hagen sozusagen erschlichen worden. Wie unehrlich und verschlagen die Sozialdemokraten zu Werke gehen, um sich Scheinbeweise für nicht vorhandenen christlichen Streikbruch zu verschaffen, wird in nachstehender Erklärung Webers, vor aller Oeffentlichkeit entlarvt.

Erklärung.

Am Freitag, den 17. Januar 1913 war ich auf dem Büro des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Hagen, und bat, in der Meinung, auf dem Büro des christlichen Arbeiterverbandes zu sein, um Reiseunterstützung. Dort wurden mir und einem Kollegen, der bei mir war, von einem Beamten zuerst ein paar Glas Bier traktiert. Man fragte mich nach dem Woher und Wohin der Reise und forderte mir mein Mitgliedsbuch ab. Mir wurde dann ein auf der Schreibmaschine hergestelltes Schriftstück zur Unterschrift vorgelegt. Mit dessen Inhalt war ich nicht einverstanden. Der letzte Teil enthielt soviel Unrichtigkeiten, daß ich ein Drittel des ganzen Blattes vor Hergabe meiner Unterschrift abschneiden ließ. Daß ich, wie in dem mittlerweile in der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten Schriftstück steht, von der Ortsverwaltung Menden des christlichen Metallarbeiterverbandes nach der Firma „Sanitaria" geschickt worden sei, ist unwahr. Dieses Werk ist mir bis heute noch vollständig unbekannt. Ich war der Meinung, in dem Schriftstück hätte es geheißen, statt „Sanitaria" „Sekretariat", worunter ich unser Verbands-Sekretariat Stuttgart verstanden habe, wo ich von Menden freiwillig hingefahren war. In dem von mir unterzeichneten Schriftstück hat meiner Erinnerung nach das Wort „Arbeitswilligen" überhaupt nicht gestanden.

Ferner habe ich zu erklären: Die Ueberweisung nach Stuttgart wurde mir in Menden auf meinen ausdrücklichen Wunsch hin ausgestellt. Auch habe ich auf meinen ausdrücklichen Wunsch hin mit noch drei anderen Kollegen von Stuttgart aus zu Fuß die weitere Reise angetreten, um unterwegs Arbeit zu suchen; andernfalls hätte ich auf unserem Verbandsbüro in Stuttgart anstandslos das Fahrgeld zur Rückreise erhalten. Damit fallen sämtliche Schlußfolgerungen, die die sozialdemokratische Presse an meine angebliche „Erklärung" knüpft, restlos in sich selbst zusammen.

Bochum, den 26. Januar 1913.

Anton Weber.

Diese öffentliche Entlarvung der hinterhältigen sozialdemokratischen Kampfesweise gegen die christlichen Metallarbeiter in Menden sollte jedem denkenden Metallarbeiter die Augen öffnen. Nur durch restlosen Beitritt aller christlich-national gesinnten Metallarbeiter zur christlichen Organisation, kann den Sozialdemokraten ihr unsauberes Handwerk gelegt werden.

Aus Sodingen und Umgebung.

* **Sodingen**, 28. Jan. (Mission.) Am Donnerstag, 30. Jan. beginnt in unserer Pfarrkirche die Mission, gehalten von den hochw. Patres der Eucharistiner. Die Mission beginnt am Donnerstag, abends 7 Uhr und dauert bis Aschermittwoch Morgen. Die Predigten sind morgens 8.45 Uhr, nachmittags 4,30 und abends 7 Uhr. In Verbindung mit der Mission findet Samstag, Sonntag und Montag das 40stündige Gebet statt. Die Stundenordnung findet man an der Kirchentür angeheftet. Hoffentlich werden die Gläubigen sich durch den Fastnachtstrubel nicht veranlaßt fühlen, sich von der Mission sowohl wie vom 40stündigen Gebet auszuschließen.

Spielplan des Dortmunder Stadttheater.

Donnerstag: Abends 7 Uhr: „Siegfried".
Freitag: Abends 7½ Uhr: „Der Raub der Sabinerinnen."
Samstag: Abends 6½ Uhr: „Die Götterdämmerung".
Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: „So'n Windhund". — Abends 7½ Uhr: „Eva".

Spielplan des Stadttheater Essen

Donnerstag: Abends 8 Uhr: „Der Freischütz."
Freitag: Abends 8 Uhr: „Orpheus in der Unterwelt".
Samstag: Abends 8 Uhr: „Der Hausfreund".
Sonntag: Nachmittags 3½ Uhr: „Orpheus in der Unterwelt". — Abends 8 Uhr: „Er und seine Schwester".

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: Hch. Ingmanns für den Inseratenteil: Jos. Röttsches, Rotationsdruck u. Verlag: Ingmanns & Koethers, in Herne.

Leicht verdaulich.

Scotts Emulsion besitzt alle die vorzüglichen Eigenschaften des gewöhnlichen Lebertrans, dagegen keinen seiner Nachteile. Sie ist daher

für alle, jung und alt,

gleich zuträglich und bekömmlich, deshalb zweifellos überall da am Platze, wo es auf eine baldige, dauernde Kräftezunahme ankommt.

Aber es muß die echte Scotts Emulsion sein!

Das Klagelied der Selbstverschuldung

wird tagtäglich in ungezählten Variationen gesungen. Besonders schmerzlich klingt es, wenn veraltete Leiden den Menschen zu der Einsicht zwingen, daß er leicht sich hätte helfen können, wenn er nur beizeiten etwas getan hätte. Das gilt vor allem für vernachlässigte Katarrhe. Wer gegen neue Katarrhe sofort Fays ächte Sodener Mineral-Pastillen gebraucht, wird Katarrhe gar nicht ins chronische Stadium kommen lassen. Aber auch bei chronischen Katarrhen sind Fays ächte Sodener eine ausgezeichnete Hilfe, die nicht dringend genug empfohlen werden kann. Man verlange aber ausdrücklich „Fays" Sodener und weise alle Nachahmungen entschieden zurück.

Unwiderruflich findet die Ziehung der Schlesischen Pferde-Lotterie am 6. Februar statt, und wer die günstigen Gewinnchancen, welche diese Lotterie bietet, nicht versäumen will, für den wird es jetzt höchste Zeit, sich ein Los zu sichern.

Lose a 1 Mark (bei Bezug für Porto und Liste 25 Pfg. extra) sind — so lange noch Vorrat — von dem bekannten General-Debit Ludwig Müller & Co., Bankgeschäft, Berlin C, Breitestraße 5, zu beziehen und auch bei den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen zu haben.

Monatlich nur 10 Pfg.

kostet das durch unsere Boten zu beziehende 8seitige illustrierte

Sonntagsblatt

Dasselbe bringt in jeder Nummer außer vielen aktuellen Illustrationen eine Reihe spannender Erzählungen und eine Fülle belehrenden und unterhaltenden Stoffes. Bestellungen nehmen unsere Boten und unsere Geschäftsstelle entgegen.

Unaufhaltsam wuchert in Villen, Häusern und Hütten

Schuhcrème Pilo weiter! Woher kommt das? Weil Pilo ein Freund des Haushalts geworden ist; denn das Dienstmädchen ist mit dem Stiefelputzen in wenigen Minuten fertig, die Frau und der Mann freuen sich über den eleganten Hochglanz und das Kind beschmutzt sich die Händchen nicht, wenn es an den Schuhen spielt. Pilo ist unantastbar das beste aller existierenden Schuhputzmittel. Es werden viele schlechte Schuhcrêmes angeboten, daher Vorsicht beim Einkauf.

Mitteilungen der Yoghurt-Centrale

Eine frohe Botschaft : für Korpulente! :

Es klingt fast widersinnig: „Der Yoghurt, das exquisiteste Nährmittel, das wir kennen, mit dessen Hilfe mit Leichtigkeit Gewichtszunahmen von 20 und mehr Pfund zu erzielen sind, ist unter gewissen Modifikationen auch imstande, ebenso grosse Gewichtsabnahmen herbeizuführen." Und doch ist dies garnicht so widersinnig, wie es auf den ersten Blick aussieht. Man denke nur an den hohen Nährwert der Milch und die heute so beliebt gewordenen Entfettungskuren mit einer reinen Milchdiät. Jeder Arzt, der die von dem russischen Leibarzt Dr. Th. Carell bereits vor ca. 40 Jahren empfohlene Milch-Kur (die sogenannte Carell-Kur), sowie auch die von Professor Dr. E. Metschnikoff, dem berühmten Leiter des Pariser Instituts Pasteur, in die ärztliche Praxis eingeführte Yoghurt-Kur kennt, wird zugeben müssen, dass die Vereinigung beider Kuren, die heute unter der Bezeichnung „Zehr-Majamin-Kur" bekannt geworden ist, ein geradezu ideales Mittel bildet, nicht nur das überschüssige Fett zum Einschmelzen zu bringen und dadurch den starken Leib, die breiten Hüften, das häßliche Doppelkinn zu beseitigen, sondern gleichzeitig auch eine gründliche Blutreinigung und Blutverbesserung herbeizuführen, um damit in zahlreichen Fällen die Wiederkehr des Fettansatzes zu verhindern.

In der Tat hat sich die Zehr-Majamin-Kur im Sturme die Gunst der Aerzte erobert, und alle Korpulenten, die sie bisher anwandten, können von ihrer ebenso frappanten wie wohltuenden Wirkung nicht genug erzählen.

Wer sich für die ebenso zweckmässige wie unschädliche und dabei billige Kur, die ohne jede Anstrengung und ohne Berufsstörung durchgeführt werden kann, interessiert — und jeder Korpulente sollte dies nicht nur aus kosmetischen, sondern auch aus gesundheitlichen Gründen tun — der lasse sich die aus der Feder eines praktischen Arztes stammende, hoch interessant geschriebene Broschüre „Die Entfettungskur der Zukunft" kommen, die wir gegen Einsendung von Mk. 0.20 in Briefmarken nebst einer Probe von Zehr-Majamin jedem Interessenten ohne irgendwelche Kaufverpflichtung zugehen lassen. Es dürfte niemand bereuen, diese wichtige, manches Neue bietende Broschüre aufmerksam gelesen und die Probe versucht zu haben.

1813

Wenn Sie sich über „Yoghurt" informieren wollen, verlangen Sie kostenlose Zusendung von Proben und Literatur der Yoghurt-Centrale Dr. J. Schaffner & Co. Berlin-Grunewald